

P R O T O K O L L

über die 7. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr am
Donnerstag, 3. April 1986, im Rathaus, 1. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr
ÖFFENTLICHE SITZUNG

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:
Heinrich Schwarz

VICEBÜRGERMEISTER:
Leopold Wippersberger
Karl Holub

STADTRÄTE:
Ingrid Ehrenhuber
Erich Sablik
Ing. Othmar Schloßgangl
Rudolf Steinmaßl

GEMEINDERÄTE:
Hermann Bachner
Roman Eichhübl
Franz Enöckl
Walter Hahn
Karl Hochrathen
Dr. Kurt Keiler
Mag. Gerhard Klausberger
Herbert Lang
Günther Mayrhofer
Rudolf Pickl
Ernst Platzer
Erna Probst
Franz Ramoser
Franz Rohrauer

Gertrude Schreiberhuber
Wilhelm Spöck
Franz Steinparzer
Franz Straßer
Hubert Sturmberger
Leopold Tatzreiter
Alfred Wallner
Wolfgang Wieser
Mag. Helmut Zagler

VOM AMT:
Magistratsdirektor OSR.
Dr. Franz Knapp
Magistratsdirektor-Stellvertreter
OSR. Mag. Johann Rabl
Dr. Kurt Schmidl
OMR. Dr. Peter Gottlieb-Zimmermann
Techn. Dir. TOAR. Ing. Wein Wolfgang
OAR Helmut Riedler

PROTOKOLLFÜHRER:
Präsidialdirektor Magistratsrat
Dr. Gerhard Alphasamer
Gerda Gugenberger

T A G E S O R D N U N G

Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der
Beslußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer

Behandlung von allfälligen Anfragen

Mitteilungen des Bürgermeisters

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS
(Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatsitzungen an alle Gemein-
deratsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüs-
se liegt dieser Einladung bei).

Kenntnisnahme eines Beschlusses des Stadtsenates gem. § 35 Abs. 6 StS

Verhandlungsgegenstände

Aktuelle Stunde

Beschlüsse des Stadtsenates gem. § 51 Abs. 3 StS

- | | |
|---------------------------------|--|
| 1) Bau3-7579/85 | Österr. Gesellschaft für Eisenbahngeschichte; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zum Betrieb der Steyrtal-Museumsbahn. |
| 2) Ha-8105/85 | Stadtpfarramt Steyr-Gleink; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Durchführung von Bau- und Installationsmaßnahmen. |
| 3) Präs-769/82 | Zentralaltersheim; Maßnahmen zur Kostensenkung im energetischen Bereich. |
| 4) VerkR-310/86
En-311/86 | Ankauf einer Ersatzteilgrundausrüstung für die Verkehrssicherheitseinrichtungen und die Beleuchtungsanlage des Straßenabstieges Tomitzstraße. |
| 5) Bau6-4758/85 | Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für die Kanalisation Wehrgraben-Süd; Durchführung von Bodenuntersuchungen. |
| 6) GHJ1-719/86 | Sportheim Münchenholz; Ankauf einer Espressomaschine samt Zubehör. |
| 7) GHJ1-1020/86 | Städt. Zentralbücherei; Ankauf von Büchereimöbeln. |
| 8) Bau5-2840/82 | Mehrzweckhalle Wehrgraben; Mittelfreigabe 1986. |
| 9) K-4064/85 | Konzert der "Regensburger Domspatzen" am 14. 12. 1985; Ausfallhaftung. |
| 10) En-141/86 | Ankauf eines Einsatzfahrzeuges für die städt. Elektriker (Ersatzbeschaffung). |
| 11) En-1138/86 | Elektromaterialankauf für das städtische Lager im Jahr 1986. |
| 12) ÖAG-834/86 | Ankauf eines Wasserwagenaufbaues. |
| 13) GHJ2-7433/85 | KHD-Depot Steyr, Industriestraße 1; Neueindeckung. |
| 14) K-4230/85 | Herausgabe des Heftes Nr. 37 der "Veröffentlichungen des Kulturamtes der Stadt Steyr". |
| 15) Ha-905/86 | Dissertation "Die Entwicklung der Arbeiterbewegung in der Stadt Steyr und ihrer Umgebung von 1918 bis 1934" von Josef Stockinger; Kostenbeitrag. |
| 16) Bau5-5400/84 | Zentralaltersheim; Heizungs-, Sanitär- und Schwachstrominstallation; Auftragserhöhung. |
| 17) Ha-1479/84 | Verein "Arbeitslosenselbsthilfe Steyr"; Förderungsmaßnahmen durch die Stadt Steyr. |
| 18) Bau3-266/80 | Straßenabstieg Tomitzstraße - Schwimmschulstraße; Grundentschädigungen - Restzahlung. |
| 19) En-3353/85 | Ankauf einer Kabelsuch- und Kabelfehlortungsausrüstung; Mittelfreigabe 1986. |
| 20) ÖAG-833/86
Städt. Wi-Hof | Ankauf von Winterdienstgeräten für Kommunaltraktore. |
| 21) GHJ2-7426/85 | Kindergarten Plenkberg; Dacherneuerung. |

Kenntnisnahme eines Beschlusses des Stadtsenates gem. § 35 Abs. 6 StS

- | | |
|-------------|--|
| Pers-149/86 | Leitung des Kontrollamtes der Stadt Steyr. |
|-------------|--|

Verhandlungsgegenstände

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

- 1) Ha-5018/85 Verein Museum Arbeitswelt; Gewährung einer Subvention zur Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt.
- 2) Ha-1871/86 Lions-Club Steyr-Innerberg; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Fortführung der Sanierung des Quenghofes.
- 3) SchulV-2010/70 Erweiterung der Bundeshandelsakademie und Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe Steyr; Mittelfreigabe 1986.
- 4) Ha-7996/84 SK Amateure Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zum weiteren Ausbau der Sportanlage.
- 5) Ha-6544/85 SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Errichtung einer überdachten Sitzplatztribüne.
- 6) Ha-2081/86 Gewährung von Subventionen an Steyrer Sportvereine im Jahre 1986.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

- 7) Buch-7500/85 Rechnungsabschluß 1985; Ausgleich des ordentlichen und Deckung des außerordentlichen Haushaltes.
- 8) Buch-7500/85 Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite 1985.
- 9) Ha-1170/86 Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt; Gewährung der Jahressubvention 1986.
- 10) Präs-190/86 Personalvertretung des Magistrates Steyr; Gewährung einer Subvention zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben im Jahr 1986.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF PIMSL:

- 11) ÖAG-6896/82 Mülllieferungsübereinkommen mit Otto Hasenöhrl, St. Valentin; Änderung.
- 12) Wa-4125/73 Mülldeponie der Stadt Steyr; Ankauf eines Müllverdichtungsgerätes und einer Laderaupe.
- 13) Bau6-4758/85 Erstellung eines Kanaldetailprojektes für die Kanalisation Steyr südlich des Wehrgrabens; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 7. 2. 1985 und des StS-Beschlusses vom 5. 12. 1985.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

- 14) SH-645/86 Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1986.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

- 15) Bau6-4830/83 Kanal Feldstraße (Kanalisation Weinzierl, 1. Ausbaustufe); Ergänzung zum StS-Beschluß vom 8. 8. 1985.
- 16) Ges-15/85 Straßenbenennung "Sandbauernstraße".
- 17) Bau2-7118/83 Flächenwidmungsplanänderung Nr. 31 (Milda - Weinzierl).

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

- 18) ÖAG-4925/81 Arbeitspreis für Erdgas; befristete Senkung des Gasabgabepreises.
Stadtwerke
- 19) ÖAG-1741/86 Neuverlegung der Niederdruckgasleitung Gaswerk gasse.
- 20) ÖAG-1740/86 Verlegung einer Erdgashochdruckleitung ND 4 von der Erdgasübergabestation Ennsleite zur Anschlußstelle ehem. Eisenbundesstraße.
Stadtwerke

BERICHTERSTATTER STADTRAT JOHANN ZÖCHLING:

- 21) ÖAG-3278/81 Verkauf der Grundparzelle 231/18, EZ. 1098, KG Jägerberg (Fellinger-Siedlung) an Johann Wolkerstorfer.
- 22) ÖAG-6622/83 Verkauf eines Gewerbegrundstückes an die Fa. Wutzel, Wohnwagen, an der Kreuzung Haager Straße und Voralpen-Bundesstraße.
- 23) GHJ2-4194/85 Schloß Engelsegg, Steyr, Redtenbachergasse 9; Instandsetzungsarbeiten.
- 24) GHJ2-7204/85 Gemeindeeigenes Objekt Steyr, Karl-Marx-Straße 4; Instandsetzungsarbeiten.
- 25) GHJ2-7431/85 Gemeindeeigenes Objekt Schubertstraße 4; Instandsetzungsarbeiten.
- 26) GHJ2-7432/85 Gemeindeeigenes Objekt Schubertstraße 6; Instandsetzungsarbeiten.
- 27) GHJ2-7205/85 Gemeindeeigenes Objekt Schosserstraße 5; Instandsetzungsarbeiten.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich eröffne die heutige Sitzung und darf feststellen, daß sie ordnungsgemäß und zeitgerecht einberufen wurde. Für die heutige Sitzung haben sich entschuldigt die Kollegen Stadträte Pimsl und Zöchling, die Kollegen Gemeinderäte Manetsgruber, der voraussichtlich später kommen wird, Kollege Schlager, Kollege Seidl und Tremel. Die Beschlußfähigkeit der heutigen Sitzung ist gegeben. Ich ersuche die Kollegen Mag. Klausberger und Spöck um Übernahme der Protokollprüfung für die heutige Sitzung. Ich sehe aus dem Kopfnicken bereits die Zustimmung dazu.

Zur Behandlung von allfälligen Anfragen kann ich mitteilen, daß solche nicht vorliegen. Wir kommen daher zu den Mitteilungen des Bürgermeisters, und hier darf ich Ihnen einige aktuelle Probleme bekanntgeben. Zunächst darf ich im Zusammenhang mit dem Sonderförderungsabkommen die Mitteilung machen, daß der Gemeinderat in seiner Sitzung am 30. Oktober 1986 einstimmig – das wissen Sie alle – eine Resolution beschlossen hat, derzufolge die im Gemeinderat der Stadt Steyr vertretenen Parteien einhellig der Auffassung waren, daß es dringend notwendig ist, mit den zuständigen Dienststellen des Bundes und des Landes die Verhandlungen zum Wiederaufleben und zur Weitergeltung des Sonderförderungsabkommens für die Region Steyr bis zur grundsätzlichen Konsolidierung der wirtschaftlichen Verhältnisse in diesem Gebiet aufzunehmen. Ich habe diese Resolution unmittelbar nach ihrer Beschlußfassung in einem entsprechenden Begleitschreiben an die Herren Bundeskanzler Dr. Fred Sinowatz, Bundesminister für öffentliche Wirtschaft und Verkehr Dkfm. Ferdinand Lacina, Landeshauptrmann Dr. Josef Ratzenböck und Landesrat Dr. Albert Leibenfrost mit der dringenden Bitte weitergeleitet, wechselseitig die Verhandlungen wieder aufzunehmen, um eine Weitergeltung des Sonderförderungsprogrammes für die Krisenregion Steyr um ein weiteres Jahr herbeizuführen. Jedem im politischen Leben stehenden Funktionär ist die Problematik von Resolutionen bekannt und es ist eine Erfahrung des politischen Lebens, daß nicht jeder Resolution Erfolg beschieden sein kann. Unbeschadet dessen ist es aber im vorliegenden Fall wirklich bedauerlich, wenn ich berichten muß, daß mit Ausnahme von Bundesminister Lacina auf die Resolution bisher keinerlei Reaktion erfolgte. Bundesminister Lacina teilte am 28. 2. 1986 mit, daß seitens des Bundes grundsätzlich die Bereitschaft zur Verlängerung des Regionalabkommens bestanden hätte, das Angebot des Bundes aber von der Landesseite nicht angenommen wurde. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß die anderen Adressaten unserer Resolution auf diese bisher keinerlei Reaktion zeigten; dies umso mehr, als sich in der Zwischenzeit leider die wirtschaftliche Situation nicht gebessert hat. In der Steyr-Daimler-Puch AG wurden bekanntlich am 14. 3. 1986 195 Arbeiter gekündigt und wurden die ersten Kündigungen mit 31. 3. 1986 tatsächlich wirksam. 50 von den betroffenen Gekündigten waren außerhalb Steyrs wohnhaft und waren also bisher als Einpendler anzusehen. Diese symptomatische Situation in der Metallbranche läßt sich aber leider in unserer Region auch auf andere Bereiche übertragen, weil auch hier im wesentlichen, wenn schon keine verschlechterte Lage, so doch eine Stagnation festzustellen ist. Ich glaube, mit allen Mitgliedern des Gemeinderates darüber übereinzustimmen, wenn ich eine energische Urgenz der bisher unbeachteten Resolution ankündige.

Meine Damen und Herren, außerdem möchte ich Ihnen mitteilen, daß Herr Landesrat Neuhauser der Stadt Steyr einen Besuch abstattete, in dessen Verlauf Gelegenheit bestand, Probleme der Wohnbauförderung eingehend zu erörtern. Hauptsächlich wurden dabei folgende Punkte besprochen: Errichtung einer Pensionistenwohnanlage mit ca. 60 Einheiten in Steyr-Münichholz zugestanden und sicherte Landesrat Neuhauser die Finanzierung des Mehrbedarfes zu. Vorausgehenden Verhandlungen zufolge soll die Errichtung der neuen Pensionistenwohnanlage in Steyr-Münichholz im Rahmen eines Betreuungsvertrages durch die WAG Linz erfolgen. Die in diesem Punkt getroffene Regelung wird allerdings zur Folge haben, daß am Resthof eine vorübergehende Stilllegung der Bautätigkeit eintreten wird. Bezüglich aller weiteren Wohnbauförderungsansuchen teilte Landesrat Neuhauser mit, daß im Rahmen des Wohnbauförderungsprogrammes 87/88 für die GWG 110 Wohneinheiten vorgesehen sind. Es ist Sache

der GWG, die Aufteilung dieser Wohneinheiten für die einzelnen Wohnobjekte selbst durchzuführen. Es ist dabei gedacht, die Wohnhausanlage Resthof III fortzusetzen sowie auf der Ennsleite und in der Baulücke Haratzmüllerstraße weitere Pensionistenhäuser zu errichten. All diese Projekte können jedoch erst ab 1987 realisiert werden. Im Zuge der Aussprache wurden auch Finanzierungsänderungen bezüglich der ursprünglich als Zahnarztpraxis vorgesehenen Wohnung in der Wohnsiedlung Resthof erörtert. Da hier in der Zwischenzeit eine Mutterberatung der Stadt untergebracht wurde, müssen die Förderungsmittel zurückgezahlt werden. Weiters sind die Förderungsmittel für drei Garagen, in welche die Ordination nunmehr eingebaut werden soll und die noch im Rahmen der Wohnbauförderung 1968 gewährt wurden, zurückzuzahlen. Für beide Maßnahmen ist sodann eine Förderung nach den neuen Richtlinien 1984 anzustreben und hat Landesrat Neuhauser eine rasche Erledigung versprochen. Der Besuch wurde durch die Vorstellung der Sanierungsmaßnahmen im Wehrgrabenbereich und Besichtigung der neuen Wohnhausanlagen im Reithofferareal und in der Kegelplatzstraße abgeschlossen. Nicht zuletzt wurden auch speziell für die Stadt Steyr besonders wichtige Fragen der Sanierung von Altbauten näher erörtert. Die diesbezüglichen zugrundeliegenden gesetzlichen Bestimmungen sind äußerst kompliziert und verwirrend. Um hier einen klaren Überblick zu bekommen, wurde vereinbart, ein Koordinierungsgespräch zwischen der Stadt, der Wohnbauförderung des Landes Oberösterreich und den zuständigen Organen des Bundesministeriums für Bauten und Technik an Ort und Stelle in Steyr abzuhalten.

Ich möchte noch mitteilen, daß sich das Bundesdenkmalamt schon längere Zeit damit beschäftigt, den Baubestand im Stadtteil Steyrdorf zu überprüfen mit dem Ziele, denkmalwürdige Objekte unter Schutz zu stellen. Nunmehr liegt der Unterschutzstellungsbescheid des Bundesdenkmalamtes vom 13. 3. 1986 vor, der zahlreiche Gebäude in der Badgasse, Fabrikstraße, Fischergasse, auf der Frauenstiege, in der Gleinker Gasse und in der Kirchengasse, auf dem Michaelerplatz, in der Mittlere Gasse, am Ortskai, in der Schuhbodengasse, in der Sierninger Straße und in der Wehrgrabengasse und am Wieserfeldplatz umfaßt. Der Bescheid setzt sich auch mit einzelnen Einsprüchen betroffener Hauseigentümer zusammen. Die Stadtverwaltung sieht in der Unterschutzstellung aber grundsätzlich einen positiven Aspekt, weil nur dadurch in zweifelsfreier Weise der erhaltungswürdige Bestand in einem wichtigen Altstadtbereich gesichert ist. Mit dem Landeskonservator von Oberösterreich wurden Gespräche darüber geführt, daß die Unterschutzstellung den betroffenen Liegenschaftseigentümern nicht zum Nachteil gereichen soll. Durch eine gedeihliche Zusammenarbeit mit dem Magistrat wird gewährleistet, daß bei baulichen Änderungen durch den Umstand der Denkmalliegenschaft in den Bewilligungsverfahren für die Bevölkerung keine unzumutbare Verzögerung eintritt.

Außerdem darf ich berichten, daß im Zusammenhang mit dem Bauvorhaben der Wohnungsfreunde – Gemeinnützige Bau- und Siedlungsgenossenschaft in Linz – in der Neuschönau, dessen Bauabsicht auf das Jahr 1978 zurückgeht, und bekanntlich einigen Staub aufgewirbelt, über meine Veranlassung hat sich das Wohnungsunternehmen und der von ihm beauftragte Architekt in der Folge bereit gefunden, eine Planänderung vorzunehmen, wodurch den Vorstellungen der Anrainer eher als ursprünglich entsprochen werden konnte. Aus dem nunmehr vorliegenden Bescheid des Amtes der OÖ. Landesregierung vom 20. 3. 1986 ist erkennbar, daß die Auffassung des Magistrates richtig war, weil mehreren Vorstellungen in der gegenständlichen Sache gegen den in Ausführung des Stadtsenatsbeschlusses vom 30. 5. 1986 ergangenen Bescheid des Stadtsenates keine Folge gegeben wurde. Ferner wurde ausdrücklich festgestellt, daß die Einschreiter durch den Magistratsbescheid in ihren Rechten nicht verletzt sind. Zusammenfassend kann ich feststellen, daß der Magistrat in der gegenständlichen Angelegenheit somit den richtigen Weg eingeschlagen hat.

Schließlich noch die Mitteilung, daß gestern der Spatenstich für die erste Betriebsansiedlung auf den früheren Schützenhofergründen an der Ennser Straße vorgenommen wurde. Die Fa. Kraml GesmbH hat die Absicht, ihren Textilbetrieb, der sich mit der Herstellung von Sportbekleidung befaßt, von Haidershofen nach Steyr zu verlegen. Vor Vornahme des Spatenstiches hat der Betriebsinhaber zu einer Besichtigung seiner nunmehrigen Betriebsanlagen eingeladen. Ich konnte mich an Ort und Stelle davon überzeugen, daß es sich um einen sehr modernen Automations- bzw. elektronisch gesteuerten Betrieb handelt und es erscheint gewährleistet, daß durch die Übersiedlung nach Steyr mindestens 100 Frauenarbeitsplätze gesichert werden. Bei der Besprechung war auch der Herr Magistratsdirektor anwesend, die Mitglieder des Gemeinderates waren nicht dazu eingeladen, mit Ausnahme des Kollegen Keiler, der als Freund des Hauses eingeladen war.

Ich darf Ihnen noch bekanntgeben, daß eine neue Wertkarten-Fernsprechzelle in der Arbeiterstraße zur Verbesserung der Infrastruktur des dortigen Gebietes errichtet wurde.

Soweit meine Mitteilungen. Wir kommen nun zur Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates. Ich bitte Sie, die Beschlüsse des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 3 StS und einen Beschluß gem. § 35 Abs. 6 StS zur Kenntnis zu nehmen. Die entsprechenden Akten wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt.

Damit kommen wir zu den Verhandlungsgegenständen und da ersuche ich Kollegen Wippersberger um Übernahme des Vorsitzes.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte unseren Bürgermeister um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, im ersten Antrag bitte ich Sie um die Bewilligung einer Subvention zur Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt auf der Liegenschaft der ehemaligen Hack-Werke KG in Steyr. Es ist der zweite Teil einer Vereinbarung gemäß der festgelegten Summe von insgesamt 5 Millionen Schilling. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates lautet:

1) Ha-5018/85

Verein Museum Arbeitswelt; Gewährung einer
Subvention zur Errichtung eines Museums
der industriellen Arbeitswelt.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 19. Februar 1986 wird dem Verein Museum Arbeitswelt, 4020 Linz, Volksgartenstraße 40/302, zur Errichtung eines Museums der industriellen Arbeitswelt in Fortführung der beabsichtigten Landesausstellung 1987 zum Thema "industrielle Arbeitswelt" eine einmalige, nicht rückzahlbare Beihilfe in Höhe von S 2,5 Millionen gewährt. Um die tatsächliche Höhe dieser Subvention gegenüber der zugesagten Unterstützung nicht zu reduzieren, wird im gegenständlichen Fall von der Einhaltung der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 2.500.000,-- (zwei Millionen fünfhunderttausend)

bei der VA-St. 5/360000/777090 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine gegenteilige Meinung? Eine Stimmenthaltung? Beides ist nicht der Fall, der Antrag ist daher einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Beim nächsten Antrag geht es um eine weitere Subvention zur Fortführung der Sanierung des Quenghofes. Es soll an den Lions-Club Innerberg eine außerordentliche Subvention gewährt werden. Der entsprechende Antrag lautet:

2) Ha-1871/86

Lions-Club Steyr-Innerberg; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zur Fortführung der Sanierung des Quenghofes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 13. März 1986 wird dem Lions-Club Steyr-Innerberg zur Fortführung der Renovierungsarbeiten an dem im Eigentum des Clubs stehenden Quenghof eine einmalige außerordentliche Subvention in Höhe von S 400.000,- gewährt. Aufgrund der vom Gemeinderat beschlossenen generellen 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben gelangt jedoch hievon lediglich ein Betrag von S 320.000,- an den Lions-Club Steyr-Innerberg zur Auszahlung.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 50.000,-- (fünfzigtausend)

bei VSt 1/061000/777000 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 350.000,-- (dreihundertfünfzigtausend)

bei der gleichen VA-Stelle bewilligt. Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich darf noch darauf hinweisen, daß der Lions-Club plant, den Quenghof nach seiner Fertigstellung für öffentliche Veranstaltungen zu nutzen und diesbezüglich auch Kontakte mit dem Kulturamt unserer Stadt aufgenommen hat. Ich glaube, es ist ein lobenswertes Projekt, das förderungswürdig ist.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Auch dazu meine Frage, ob eine Wortmeldung gewünscht wird? Herr Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich glaube, so viel Geld in ein Objekt zu stecken bereitet wieder Arbeit und wir haben in Steyr einen Arbeitslosen-Selbsthilfeverein. Es müßte möglich sein, diese Leute da einzusetzen und sie zu beschäftigen. Zu den öffentlichen Veranstaltungen meine ich, daß es gut wäre, wenn man versuchen würde, diese öffentlichen Veranstaltungen auch für Jugendgruppen zugänglich zu machen. Es wäre ein sehr positiver Effekt von der Stadtgemeinde, den Jugendlichen dann vielleicht auch mit Subventionen unter die Arme zu greifen. Für mich stellt sich noch die Frage, welche Veranstaltungen der Lions-Club dort durchführen möchte. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es eine weitere Wortmeldung dazu? Keine. Bitte Herr Bürgermeister zum Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Ramoser, diese Anregung Ihrerseits ist an sich an die falsche Adresse gerichtet. Es ist das Objekt im Besitz des Lions-Club und auch die Renovierungsarbeiten werden vom Lions-Club durchgeführt und vorgenommen. Es handelt sich ja hier nur um einen Teilbetrag, die Gesamtkosten für diesen weiteren Ausbau betragen ja rund S 800.000,--. Diese Anregung wäre dem Lions-Club weiterzuleiten. Ich werde das gerne tun, die Gemeinde hat unmittelbar damit nichts zu tun. Bezüglich der Art der Veranstaltungen darf ich sagen, daß es durchwegs Ausstellungen oder

größere gesellige Veranstaltungen sein können, die dort in Zusammenarbeit mit uns oder seitens des Lions-Clubs allein vorgenommen werden. Es ist ein sehr großer Raum vorhanden, der sich für verschiedenste Möglichkeiten anbietet bzw. eignet.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer ist gegen diesen Antrag? Gibt es eine Stimmenthaltung? Beides nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig angenommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Für das Jahr 1986 wäre eine Mittelfreigabe für die Erweiterung des Bundeshandelsakademie und der HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe erforderlich. Ich darf Ihnen den Antrag des Stadtsenates vorlesen:

3) SchulV-2010/70

Bau5-2770/83

Erweiterung der Bundeshandelsakademie und Höheren Bundeslehranstalt für wirtschaftliche Frauenberufe Steyr; Mittelfreigabe 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 17. 3. 1986 wird zur Erweiterung der BHAK und HBLA für wirtschaftliche Frauenberufe Steyr für das Rechnungsjahr 1986 eine Kreditüberschreitung in Höhe von

S 3,950.000,-- (drei Millionen neunhundertfünzigtausend)

bei der VA-St. 5/222000/010051 bewilligt. Die Deckung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 55 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Gibt es eine Gegenstimme? Eine Enthaltung? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im Zusammenhang mit dem weiteren Ausbau der Sportanlage des Sportklubs Amateure hat dieser Verein um eine Subvention angesucht. Ich bitte Sie um die Zustimmung zu folgendem Antrag:

4) Ha-7996/84

SK-Amateure Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention zum weiteren Ausbau der Sportanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 29. 1. 1986 wird dem SK Amateure Steyr für den weiteren Ausbau seiner Sportanlage eine einmalige außerordentliche nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von S 262.500,- gewährt. Aufgrund der vom Gemeinderat der Stadt Steyr beschlossenen 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben gelangt jedoch hievon lediglich ein Betrag von S 210.000,- an den SK Amateure Steyr zur Auszahlung. Die hierfür erforderlichen Mittel in Höhe von

S 262.500,- (zweihundertzweiundsechzigtausendfünfhundert) werden bei VSt 1/269000/777000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:
Ich konnte im Amtsbericht lesen, daß beim Ausbau des Trainingsplatzes auch ein Vorhaben vorgesehen ist, und zwar ein Schießkeller mit sanitären Anlagen. Ich frage mich, warum gerade ein Schießkeller bei einem Fußballverein. Ist Fußball verbunden mit schießen?

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Ich könnte jetzt sagen, daß Fußball natürlich mit schießen schon etwas zu tun hat, allerdings mit Ballschießen. Ich muß aber sagen, daß hier eine Fehlmeinung vorliegt, der Sportklub Amateure ist kein Fußballverein, sondern ein Sportverein im allgemeinen Sinn, der verschiedene Sektionen führt. Eine ist unter anderen die Sektion der Sportschützen und dafür soll dieser Schießkeller ausgebildet werden. Es gibt in Steyr bereits mehrere Einrichtungen dieser Art und ich bitte Sie daher um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Gibt es zu diesem Tagesordnungspunkt noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall und wir kommen daher zur Abstimmung. Wer mit dem Antrag einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:
Im nächsten Antrag bitte ich Sie ebenfalls um die Zustimmung zur Gewährung einer außerordentlichen Subvention. Wir haben ja in unserem Budget diesbezüglich bereits vorgesorgt. Es handelt sich um eine außerordentliche Subvention an den Sportklub Vorwärts.
Ich bitte Sie, folgendem Antrag des Stadtsenates die Zustimmung zu geben:

5) Ha-6544/85
SK Vorwärts Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention
zur Errichtung einer überdachten Sitzplatztribüne.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Aufgrund des Amtsberichtes des Referates für Schule und Sport vom 18. 3. 1986 wird dem SK Vorwärts Steyr zur Errichtung einer überdachten Sitzplatztribüne eine einmalige außerordentliche Subvention in Höhe von S 1 Million gewährt. Da diese Subvention einen Teil des vorgelegten Finanzierungsplanes abdecken soll, wird im gegenständlichen Fall von der Einhaltung der vom Gemeinderat der Stadt Steyr beschlossenen 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben Abstand genommen, so daß der volle Subventionsbetrag von S 1 Million an den SK Vorwärts Steyr zur Auszahlung gelangt.
Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 1.000.000,-- (eine Million)
werden bei VSt 5/262400/777000 freigegeben.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Wird dazu eine Wortmeldung gewünscht? Gibt es Gegenstimmen? Stimmenthaltungen? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Im nächsten Antrag ersuche ich Sie um die Zustimmung für die Gewährung von Subventionen an die Steyrer Sportvereine für das Jahr 1986.

Ich glaube, ich kann es mir ersparen, die Liste vorzulesen, denn sie wurde ja in den einzelnen Fraktionen bereits beraten. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

6) Ha-2081/86

Gewährung von Subventionen an Steyrer
Sportvereine im Jahr 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

An die in der Beilage angeführten Steyrer Sportvereine und -verbände werden im Jahr 1986 die angeführten Einzelsubventionen im Gesamtbetrag von

S 660.000,-- (sechshundertsechzigtausend)

gewährt. Der genannte Betrag wird bei der VSt 1/269000/757000 freigegeben.

Die Subventionen sind von der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre ausgenommen. Sämtliche Subventionen sind zur Gänze im Mai dieses Jahres auszuzahlen. (BEILAGE)

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Gegenstimmen? Enthaltungen? Dieser Antrag ist ebenfalls einstimmig angenommen.

Ich danke dem Bürgermeister für seine Berichterstattung und übergebe ihm wieder den Vorsitz.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche gleich Kollegen Wippersberger um seine Berichte.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich habe Ihnen insgesamt 4 Anträge zur Beschlufassung vorzulegen.

Die ersten beiden Anträge, die ich Ihnen vorlege, betreffen den Rechnungsabschluß 1985, und zwar nicht das gesamte Zahlenwerk selbst, das wird Ihnen in einer der nächsten Sitzungen nach Fertigstellung unterbreitet werden. Sondern die Abschlußbuchungen zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes und zur Deckung des außerordentlichen Haushaltes bzw. Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite.

In der Anlage über den Antrag zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes und die Deckung des ordentlichen Haushaltes finden Sie eine vorläufige Jahresrechnung für das Finanzjahr 1985. Diese weist im ordentlichen Haushalt Einnahmen in Höhe von S 564,271.469 und Ausgaben in Höhe von S 544,064.281,28 aus. Aufgrund dieses auf den ersten Blick äußerst erfreulichen Jahresergebnisses können an den außerordentlichen Haushalt 16,140.956,37 und an die allgemeine Betriebsmittelrücklage 4,066.232,31 zugeführt werden. Damit wäre der ordentliche Haushalt für das Finanzjahr 1985 mit 564,271.469,96 ausgeglichen. Gegenüber dem Voranschlag bedeutet dies eine Ausgaben- bzw. Einnahmenerhöhung von rund 15,7 Millionen Schilling oder 2,86 Prozent. Zurückzuführen ist diese Erhöhung vor allem auf Mehreinnahmen bei der Gewerbesteuer und Lohnsummensteuer. Die Gewerbesteuer erhöhte sich von 1984 auf 1985 um 20,3 Millionen Schilling oder 58,6 Prozent, die Lohnsummensteuer um 6,5 Millionen Schilling oder 9,31 Prozent. Gegenüber dem Voranschlag für das Finanzjahr 1985 einschließlich Nachtragsvoranschlag konnten bei der Gewerbesteuer rund 2 Millionen und bei der Lohnsummensteuer rund 3,8 Millionen Schilling mehr eingenommen werden. Diese beträchtlichen Mehreinnahmen sind ein Resultat der äußerst guten wirtschaftlichen Entwicklung vor allen Dingen in den ersten 9 oder 10 Monaten des Jahres 1985. Aufgrund dieser günstigen allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklun-

gen im letzten Jahr war es uns auch möglich, anstelle der im Budget veranschlagten Darlehensaufnahme von 40 Millionen Schilling lediglich 30 Millionen Schilling an Krediten aufzunehmen und damit die weitere Verschuldung unserer Stadt einzubremsen. Die derzeit absehbare wirtschaftliche Entwicklung in unserer Region, vor allem in unserer Stadt läßt jedoch eine ähnliche Aufwärtsentwicklung im Jahre 1986, also in diesem Jahr, nicht erwarten. Die Arbeitslosenrate zeigt seit November vergangenen Jahres ein fast kontinuierliches Ansteigen und auch die letzten Kündigungen in den Steyr-Werken – unser Bürgermeister hat bereits darauf hingewiesen – lassen auf keine baldige Besserung hoffen. Wir liegen in Steyr mit unserer Arbeitslosenrate weit über dem oberösterreichischen Durchschnitt und auch über dem österreichischen. Aus diesem Grund erschien es mir notwendig, dieses vordergründig gute Jahresergebnis für das Finanzjahr 1985 näher zu beleuchten und Sie darauf hinzuweisen, daß wir für das heurige Jahr keineswegs mit derselben positiven Aufwärtsentwicklung rechnen dürfen.

Kommen wir nun zum außerordentlichen Haushalt. Dieser weist in der vorläufigen Jahresrechnung an Einnahmen 86,217.067,43 und an Ausgaben 103,593.540,24 aus. Zum Ausgleich des außerordentlichen Haushaltes war die bereits erwähnte Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt in Höhe von 16,140.956,37 und eine Entnahme aus den Rücklagen für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers in Höhe von 1,235.516,44 notwendig. Der damit ausgeglichene außerordentliche Haushalt umfaßt sodann ein Volumen von 103,593.540,24 und liegt damit um 10,8 Millionen Schilling oder 9,45 Prozent niedriger als veranschlagt.

Insgesamt umfaßt der Haushalt 667,865.010,20 und liegt damit um 4,9 Millionen Schilling oder 1,1 Prozent über dem Voranschlag. Aufgrund des von mir eben Angeführten ersuche ich Sie, zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes, eine Zuführung an den außerordentlichen Haushalt in Höhe von 16,140.956,- Schilling und eine an die allgemeine und Betriebsmittellrücklage in Höhe von 4,066.232,31, sowie zur Deckung des außerordentlichen Haushaltes die Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt in der eben gesagten Höhe und eine Entnahme aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers in Höhe von 1,235.516,44 zu genehmigen.

Hinsichtlich der in der Beilage aufgezeigten Rücklagenentwicklung erlauben Sie mir, auch eine kleine Feststellung zu machen. Es war notwendig, die Rücklagenentwicklung besonders zu beachten. Wir mußten gezwungenermaßen die Rücklagen erhöhen, weil wir als Stadt Steyr für den Reinhaltverband stets in Vorlage treten müssen. So mußten wir mit Jahresende 1985 mit 39 Millionen Schilling in Vorlage treten, die Vorfinanzierung für den Reinhaltverband übernehmen. Das zur Klarstellung bezüglich der Rücklagenentwicklung.

Erlauben Sie mir nun, daß ich den Antrag kurz zur Verlesung bringe.

7) Buch-7500/85

Rechnungsabschluß 1985; Ausgleich des ordentlichen und Deckung des außerordentlichen Haushaltes.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zum Ausgleich des ordentlichen Haushaltes sind an den außerordentlichen Haushalt	S 16,140.956,37
und an die allgemeine- und Betriebsmittellrücklage zuzuführen.	S 4,066.232,31
Zur Deckung des Abganges des außerordentlichen Haushaltes sind aus dem ordentlichen Haushalt	S 16,140.956,37
zuzuführen und aus der Rücklage für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers	S 1,235.516,44
zu entnehmen.	

Hiezu wird bei der Voranschlagsstelle 1/980000/910000 eine Freigabe in Höhe von S 9,677.000,- sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 6,463.956,37 und bei

der Voranschlagsstelle 1/912000/298000 eine Freigabe in Höhe von S 2,000.000,- sowie eine Kreditüberschreitung in Höhe von S 2,066.232,31 bewilligt.

Ich bitte Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für den Bericht. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Zum vorliegenden Antrag, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Herren Bürgermeister, kann ich mich kurz fassen. Herr Vizebürgermeister Wippenberger hat sehr ausführlich diesen Antrag zur Sprache gebracht und auch erörtert. Die Entwicklung des Budgets 1985 ist, soweit dieses Rechnungswerk aussagt, als positiv zu bewerten. Es konnten vom ordentlichen an den außerordentlichen Haushalt rund 20 Millionen Schilling, davon rund 16 Millionen Schilling, tatsächlich für die Deckung des außerordentlichen Haushaltes zugeführt werden. Daher eine ausgeglichene Bilanzierung ohne Abgang, wo jedoch auf der Einnahmenseite mehr oder weniger eingegangen ist, und wo auf der Ausgabenseite mehr oder weniger ausgegeben wurde, geht aus diesem Zahlenwerk nicht hervor, da es sich, wie der Amtsbericht aussagt, um ein vorläufiges Ergebnis handelt. Es wird noch Gelegenheit geben, beim endgültigen Rechnungsabschluß noch ausführlicher darüber zu diskutieren und zu debattieren. Diesem Zahlenwerk werde ich die Zustimmung geben, möchte aber schon jetzt darauf hinweisen, daß ich zum nächsten Antrag, der auch Ausgaben behandelt, eine kritischere Stellungnahme abgeben werde. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Ramoser ist der Nächste.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr war bei der Budgeterstellung für das Jahr 1985 mit diesen Zahlen nicht einverstanden und kann daher auch diesem Antrag nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Erklärung. Wünscht noch jemand dazu zu sprechen? Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Damit nicht der Eindruck entsteht, daß wir nichts zu sagen haben, erkläre ich, daß wir dem Zahlenwerk die Zustimmung geben werden, kann mir aber doch die Anmerkung nicht verkneifen, daß das positive Bild, das sich aus dem doch recht erfreulichen Abschluß ergibt, und aus der recht erfreulichen Mehrdotierung des außerordentlichen Haushaltes durch den ordentlichen Haushalt und auch der an sich recht erfreulichen Mittelzuführung an die Rücklagen, insbesondere an die allgemeine Betriebsmittelnrücklage, nicht ableiten lassen sollte, daß die Zeiten nunmehr gut und glücklich sind. Wir stimmen sicher alle damit überein, daß wir uns durch das positive Bild des Rechnungsjahres 1985, das sich jetzt überschlagsmäßig oder schon eher endgültig abzeichnet, nicht verleiten lassen dürfen – wenn ich jetzt böse wäre, würde ich sagen, – übermütig zu werden. Wenn man sich vorsichtig ausdrücken will, so sollte man dann besser sagen, sich auch in Zukunft in den eigenen Maßnahmen maßvoll beschränken sollte. Wir müssen uns ja vor Augen führen, woher das schön gezeichnete Bild jetzt kommt und müssen uns im klaren sein, daß das in Besonderheit Einnahmen, die aus der Lohnsummensteuer und der Gewerbesteuer her –

kommen, sind, und es keinen Grund zur Veranlassung geben kann, daß die Annahme, daß sich das Bild im Jahr 1986 von selbst aus und notwendigerweise wiederholen müsse, aufrecht erhalten werden könnte. Ich glaube, daß die finanziellen Spielräume der Kommunen im ganzen Bundesland Österreich immer kleiner werden und ich glaube, daß es sicherlich unvermeidbar ist, die Forderung zu wiederholen, daß wir als Gemeinde uns ein mittelfristiges Finanzierungs- und Maßnahmenkonzept geben müssen. Die Beschäftigungssituation österreichweit scheint nicht spontan sich zum Besseren zu wenden, so daß auch nicht angenommen werden kann, daß die nunmehr positiven Steuereinnahmen sich vermehren können. Wir müssen mit einem schmäleren Spielraum leben und stehen vor riesigen Aufgaben in der Zukunft, sei es die kommunale Kanalisation, die außer dem Reinhaltungsverband in der Stadt selbst abgewickelt wird, sei es die Revitalisierung der Altstadt. Man könnte das Jahrhundertprojekt nennen. Wenn man an die tatsächliche Sanierung Steyrdorfs denkt und alle die Maßnahmen, die im Zusammenhang damit stehen, und seien sie nur flankierend, wenn man daran denkt, daß es sicherlich diskussionswürdig ist und meiner Meinung nach und auch der Meinung meiner Fraktion nach unbedingt zu betreiben sein wird, daß auch die GWG unterstützt wird im Bemühen, im Steyrdorf Hausbesitz anzuschaffen und dort am Sanierungsweg Wohnungen einzubauen – wir befinden uns hier in völliger Einmütigkeit mit der Aussage des Herrn Bürgermeisters – so stellt das eine sehr große Herausforderung in die Zukunft dar im Interesse der Bürger unserer Stadt und im Interesse der Stadt, für die wir verantwortlich sind. Das alles, meine Damen und Herren, wird uns immer mehr dazu bringen, die Verhältnismäßigkeit von Maßnahmen zu erwägen und die Ausgewogenheit von Aufwand und tatsächlich längerfristigem Erfolg und nicht momentan Blitzlichtern sorgsam zu beobachten.

Erlauben Sie mir, daß ich diesen Appell an alle Fraktionen in diesem Gemeinderat richte, denn unsere Kinder werden uns auch danach beurteilen, wie wir in der Gegenwart die Mittel für die Zukunft eingesetzt haben. Zum Zahlenwerk selbst gebe ich die Zustimmung meiner Fraktion.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte den Berichterstatter um das Schlußwort.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich danke Kollegen Holub und Kollegen Eichhübl für die Zustimmungserklärungen. Ich kann die Worte des Kollegen Holub nur unterstreichen, er hat im wesentlichen all das gesagt, was ich in meiner kurzen Einführung sagen wollte. Das Jahr 1986, das möchte ich wirklich unterstreichen, wird diese Aufwärtsentwicklung, die wir 1985 feststellen konnten, nicht mehr bringen. Das sehen wir bereits aus der derzeitigen Arbeitsmarktsituation, die sich in den letzten Monaten zusehends verschärft hat. Es wird Abstriche bei der Lohnsummensteuer geben, das ist schon ziemlich wahrscheinlich und es ist auch zu befürchten, daß die Gewerbesteuer nicht in dem Ausmaß anfällt, als es wir erhoffen. Ich danke also für die beiden Zustimmungserklärungen seitens der ÖVP und der Freiheitlichen Fraktion. Ich bitte nun den Herrn Bürgermeister, über den Antrag abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wer dem Antrag des Berichterstatters die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL) beschlossen.

Ich bitte um den nächsten Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein zweiter Antrag steht, wie bereits erwähnt, mit dem Rechnungsabschluß 1985 in sehr engem Zusammenhang und behandelt die Genehmigung von Überschreitung veranschlagter Ausgabenkredite 1985. Die Gesamtsumme beträgt S 16,476.700,-. Aus der Beilage können Sie im Detail die Überschreitungen erkennen. Ich möchte aber nicht in vollem Umfang auf diese Liste eingehen und möchte nur auf einige größere Überschreitungen zu sprechen kommen.

So ist auf Seite 7 dieser Beilage bei Essen auf Rädern, und zwar für die Vergütung der Verpflegung eine Summe von S 503.000,-- ausgewiesen. Diese Überschreitung hängt mit der ständig steigenden Teilnehmerzahl zusammen, besonders in den letzten Monaten des Jahres ist diese Zahl stärker angestiegen. Bei der Gelegenheit darf ich aber auch feststellen, - das scheint in diesem Bericht, in dem nur die Ausgabenseite zum Tragen kommt, nicht auf - daß auch auf der Einnahmenseite bedeutende Mehreinnahmen dadurch erbracht wurden.

Auf Seite 8 geht es um Einrichtungen und Maßnahmen der Straßenverkehrsordnung, und zwar handelt es sich um einen Mehrbetrag von S 452.800,-. Dieser Betrag ist vor allem durch zusätzliche Maßnahmen, speziell aufgrund von Beschlüssen des Verkehrsausschusses entstanden. Z. B. Ankauf und Montage von zusätzlichen Verkehrszeichen, Verkehrsspiegeln, Bodenmarkierungen und ähnliche straßenverkehrspolizeiliche Maßnahmen stehen hier zu Buche. Ebenfalls auf Seite 8 eine große Summe, die sehr unangenehm in Erscheinung tritt, das ist Ihnen ja allen bekannt, und zwar bei der Müllbeseitigung ein Betrag von 594.400 Schilling, das hängt mit dem Vertrag mit der Fa. Hasenöhrl zusammen, die ja bekanntlicherweise im vorigen Jahr den Tarif stark erhöht hat und heuer wiederum. Sie erinnern sich an die letzte Gemeinderatsitzung, da wurde der Tarif abermals erhöht.

Ich darf bei der Gelegenheit feststellen, daß wir wirklich drauf und dran sind, bis zum Sommer mit der Sanierung der Mülldeponie fertig zu werden, so daß wirklich zu hoffen ist, daß wir etwa bis Mitte des Jahres in der Lage sein werden, nicht mehr die Fa. Hasenöhrl in St. Valentin anfahren zu müssen, sondern daß wir unsere seinerzeitige nun neu adaptierte Mülldeponie verwenden können.

Auf Seite 9 geht es um die Straßenreinigung. Wir haben im Budget 1985 für den Sommerdienst eine Summe von 5,5 Millionen Schilling veranschlagt gehabt, haben dann beim Nachtrag geglaubt, wir können mit 5 Millionen das Auslangen finden, wir sind also von 5,5 auf 5 Millionen heruntergegangen. Es hat sich aber herausgestellt, daß wir doch nicht ganz mit 5 Millionen ausgekommen sind. Insgesamt ist das eine Überschreitung von S 344.500,- gegenüber dem Nachtragsvoranschlag, gegenüber dem Voranschlag selbst eine Verminderung von S 160.000,-.

Sehr unangenehm hat sich der Winter im letzten Jahr ausgewirkt. Sie wissen, der Winter 1985 hat bis ins Frühjahr gedauert, bis in den Mai hinein, und was noch unangenehmer war, er hat bereits Anfang November des Vorjahres wieder begonnen. Sie erinnern sich sicherlich noch an die sehr starken Schneefälle Anfang November. Das hat dazu geführt, daß die Ausgaben für den Winterdienst explosionsartig angestiegen sind und eine Rekordhöhe erreicht haben.

Ich darf vielleicht auch noch dazusagen, im Vergleich zu den Jahren vorher - auch länger zurückblickend, denn ich war selbst 16 Jahre Referent des Wirtschaftshofes - darf ich sagen, daß wir in den letzten Jahren zusehends die Salzstreuung eingeschränkt haben. Es gibt ja nur mehr wenige Straßenstücke, wo wir noch Salz verwenden. Die Streuung von Splitt hat sich natürlich sehr stark kostenvertuernd ausgewirkt. Bei der Salzstreuung ist es so, da streut man 1 bis 2mal am Tag, bei der Splittstreuung muß man auf stark befahrenen Straßen die Streuung mindestens 4 oder 5 Mal täglich durchführen, weil der Splitt eben nicht die Haltbarkeit aufweist. Außerdem bleibt bei der Splittstreuung der Schnee liegen und der Wunsch der Bevölkerung wird immer stärker herangetragen, daß der Schnee weggeräumt werden soll. So haben wir eben ganz besonders im letzten Jahr auch die Schnee-

räumung durchgeführt. Wir als städtischer Wirtschaftshof sind aufgrund unseres Fuhrparkes nicht in der Lage, diese Schneeräumung alleine durchzuführen. Wir brauchen dazu die Hilfe von Fremdfirmen. Wir haben daher auch im letzten Jahr im verstärkten Ausmaß die Schneeräumung mit Fremdfirmen durchgeführt. Für mich als Finanzreferent ist es ein großer Wermutstropfen, daß dieser Winterdienst letztes Jahr ein unheimliches Ausmaß, nämlich eine Summe von S 10,162.000 erfordert hat. Auf Seite 11 ist ein Betrag von 3,038.100 Schilling für Darlehen, das hängt mit den Vorfinanzierungsdarlehen an die GWG zusammen, vor allem mit dem Pensionisten-wohnbau Neuschönau II. Ich verweise in diesem Zusammenhang auf den Gemeinderatsbeschuß vom 28. November des vergangenen Jahres.

Bei der Landesumlage ist ein Plus von S 443.500,-. Sie wissen, wie die Städte allgemein, ganz egal, welcher politischen Richtung sie angehören – mit Ausnahme der Freiheitlichen Partei – sich einhellig dafür aussprechen, daß die Landesumlage beseitigt wird. Wir haben bei der letzten Verhandlung mit dem Finanzminister bezüglich Finanzausgleich eine kleine Reduzierung erreicht, aber immer noch steht die Landesumlage in sehr hohem Ausmaß zu Buche und diese S 443.500,- mehr an Landesumlage bedeuten, daß wir im letzten Jahr an das Land an Landesumlage immerhin rund 18 Millionen Schilling, nämlich ganz genau S17,943.533,-, abgeführt haben. Zuletzt noch eine Post, aufgenommene Darlehen und Schuldendienst, Kreditzinsen, ein Betrag von S 993.700,- scheint hier auf. Darauf haben auch wir keinen Einfluß, das hängt mit der Erhöhung des Zinssatzes zusammen.

Jetzt darf ich Ihnen noch den entsprechenden Antrag zur Verlesung bringen. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

8) Buch-7500/85

Genehmigung von Überschreitungen veranschlagter Ausgabenkredite 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die in der Beilage angeführten Überschreitungen von Ausgabenkrediten des Voranschlages (inklusive Nachtragsvoranschlag) 1985 von insgesamt S 16,476.700,- werden genehmigt. (BEILAGE)

Ich bitte Sie um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Er steht zur Diskussion. Gibt es dazu Wortmeldungen? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL stimmt auch diesem Antrag nicht zu, weil wir auch für diesen Antrag nicht zuständig waren, wir nicht in diesem Saal gesessen sind. Es wirft sich für mich nur die Frage auf, 3,5 Millionen Schilling für zusätzliche Schneeräumung. Es wurde dann von Kollegen Wippersberger ausgeführt, daß weniger Salz und mehr Splitt gestreut wird und darum diese Ausgaben. Wenn Sie auf der gleichen Seite auf den vorletzten Posten schauen, so sehen Sie Mehrbedarf an Streusalz S 140.100,-. Das kann doch nicht richtig sein.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT DKFM. HELMUT ZAGLER:

Auf den Bergen wird auch gestreut – da steht dann immer Ende der Salzstreuung.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Nächster Redner ist Kollege Eichhübl.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Bei allem Verständnis für nicht vorhersehbare Ausgaben, die immerhin einen Gesamtbetrag von S 16,476.700,- ausmachen, muß ich doch darauf hinweisen, daß ich zwar dem Budget 1985 die Zustimmung gegeben habe, aber sehr nachdrücklich Einsparungen in verschiedenen Bereichen angeregt habe, vor allem aber bei den Repräsentationsausgaben. Gerade in diesem Bereich, meine Damen und Herren, sind Mehrausgaben von S 282.200,- feststellbar. Das bedeutet eine Überschreitung gegenüber dem Voranschlag von 67 Prozent. Alleine für Empfänge, Einladungen und Bewirtungen wurden S 222.800,-, das sind 63,6 Prozent, mehr ausgegeben. Durch diese hohen Gesamtausgaben von S 702.000,- in einem Jahr unter dem Titel "Repräsentation" wurde zweifellos auch die Verständnissgrenze der Bevölkerung überschritten. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, selbstverständlich glaube auch ich, daß Ausgaben für Repräsentationszwecke notwendig sind, ich glaube aber auch, daß für Empfänge, Einladungen und Bewirtungen S 573.000,- in einem Jahr zu viel sind. Millionenbeträge könnten in einer Legislaturperiode, wenn man das hochrechnet, eingespart werden und für andere, wichtigere Ausgaben verwendet werden. Beispielsweise könnte man den Bewohnern unserer Stadt die ständigen Tarifanhebungen für Dienstleistungen seitens der Stadtverwaltung zumindest teilweise ersparen. Ich habe bereits eingangs erwähnt, daß wir für andere nicht vorhersehbare Ausgaben, wie z. B. für den Winterdienst oder Maßnahmen der allgemeinen Sozialhilfe, oder für sicher notwendige Mehrausgaben im Altenheim, um nur einige Bereiche dieser umfangreichen Auflistung anzuführen, durchaus Verständnis haben und diese auch für notwendig erachten. Den überhöhten Ausgaben aber für Repräsentationszwecke stehen wir so wie viele Bürger unserer Stadt eher verständnislos gegenüber. Da es nicht möglich ist, über die vorliegenden Positionen im einzelnen abzustimmen, werde ich diesem Antrag die Zustimmung nicht geben und muß ihn ablehnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Sablik ist der nächste Redner.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, als zuständiger Referent für die Straßen und die Schneereinigung muß ich ein bißchen etwas dazu anführen. Kollege Wippersberger hat bereits mehrfach darauf hingewiesen, daß die Problematik durch das Nichtvorhersehen von Schneefällen, die Intensivität und die Art des Schneefalles hervorgerufen wird.

Die beanstandete Summe für den Mehrverbrauch von Salz muß man dahingehend verstehen, daß wir nie aufgehört haben, im Stadtgebiet Salz bei der Schneeräumung zu verwenden und wir werden auch nicht aufhören können. Ich war auch bei Städtebundtagungen, Fachausschüssen, als Zuhörer und kann Ihnen sagen, daß wir im Vergleich zu anderen Städten meiner Ansicht nach zu wenig Salz verwenden. Sie haben die Problematik gehört, es ist die öffentliche Meinung seit damals, als die große Umweltdebatte entstanden ist, so, einmal ist Salz schädlich, einmal nicht. Die Debatte ist bis heute nicht zu Ende. Sehen Sie nur die Mittelstreifen auf den Autobahnen an. Wie hier das Pendel ausgeschlagen hat in der öffentlichen Meinung, kein Salz zu verwenden, hat die Stadt Steyr rigoros damit aufgehört und nur ganz wenig Salz dem Splitt beigegeben. Es hat sich gezeigt, daß das genau so falsch war, wie zu viel Salz. Sie haben ja gehört, der Schnee bleibt liegen, er muß trotzdem wegtransportiert werden. Die Wirksamkeit des Salzes hängt ja wiederum mit der Temperatur zusammen. Sie können mit Salz bis 17 oder 18 Grad minus einen Tauvorgang beobachten, Sie können mit Harnstoffen bis 8 Grad minus das gleiche beobachten. Wir können daher Harnstoff

nur beim Tunnel verwenden und Salz auf den Bergstrecken, wo es unbedingt notwendig ist, um die Fahrpläne der städtischen und anderen öffentlichen Verkehrslinien aufrecht zu erhalten. Diese Salzdebatte war zu einer Zeit im Gange, wo die Bitumenforschung noch nicht so weit war, salzresistente Belagsstärken zu entwickeln. Heute kann man – das sehen Sie am Blümelhuberberg – ohne weiteres auf einem modernen Bitumenbelag Salz streuen, ohne die Umwelt zu schädigen, denn die Konzentration ist sehr gering. Ich persönlich neige dazu, etwas mehr Salz in Zukunft zu verwenden, aber in anderer Form. Linz zum Beispiel sprüht eine Salzlake auf und hat damit die besten Erfolge, weil das Salz nicht verblasen wird und dann die bekannten Tauvorgänge hervorruft. Daher haben wir etwas mehr Salz gebraucht und es wird in nächster Zeit wahrscheinlich die Debatte entstehen, wahrscheinlich auch von Dir, warum steigen die Kosten für die Kanalräumung an. Es wurde jetzt schon die Beobachtung gemacht, daß diese Splittmengen in die öffentlichen Abwasserkanäle eindringen, sich dort zu betonharten Schichten verdichten, die man nicht einmal mit dem Krampen herausbringt, wenn man einen Kanal ausgräbt, geschweige denn mit den modernen jetzt üblichen Schwemm-Methoden reinigen kann. In einigen Jahren sind alle unsere Abwasserkanäle auf den Straßen zu und damit haben wir bei Tauwetter Überschwemmungen. Zu irgend etwas werden wir uns in Zukunft entschließen müssen, entweder die Kritik des Kollegen Ramoser auf uns zu nehmen, oder die Kritik der Bevölkerung, daß man bei Tauwetter mit Gummistiefeln durch die Stadt gehen muß.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke Kollegen Sablik. Wünscht noch jemand zu diesem Punkt zu sprechen? Das ist nicht der Fall, ich ersuche den Berichterstatter um das Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Zu Kollegen Ramoser hat bereits Kollege Sablik etwas gesagt. Der Winter hat eben 1985 für den Winterdienst runde 6 Monate gedauert, und wenn der Winter statt 3 eben 4 oder 6 Monate dauert, braucht man zwangsläufig mehr Salz, auch wenn man nicht mehr als üblich streut.

Zu Kollegen Eichhübl darf ich sagen, ich weiß, das ist ein Steckenpferd Deiner Fraktion, und zwar die Repräsentationskosten. Du hättest ja auch Kollegen Trembl als Schützenhilfe, wenn er heute da wäre. Aber bitte auch eine Feststellung dazu. Wir bemerken in zunehmendem Ausmaß und das mit Recht, denn wir sind eine wunderschöne Stadt, daß immer mehr Tagesausflügler nach Steyr kommen und alle begeistert sind von Steyr und daß es uns auch gelungen ist, besonders in letzten Jahr, daß wir einige Tagungen und Kongresse herbekommen konnten. Wir als Stadt haben das angeregt, waren zum Teil die Einlader. Aber wenn man einlädt, hat man auch gewisse Verpflichtungen. Wir haben Leute eingeladen in der Hoffnung, daß sie wiederkommen werden, daß wir damit einen vermehrten Personenkreis ansprechen können. Es spricht sich ja herum, daß Steyr eine schöne, sehenswerte Stadt ist. Wir bemühen uns ja in den letzten Jahren in zusehendem Ausmaß, den Fremdenverkehr zu fördern und das ist eben auch eine fremdenverkehrsfördernde Maßnahme.

Ich darf aber auch verweisen auf einen Bericht des Rechnungshofes, es sind z. B. unter Repräsentationen etliche Ausgaben drinnen, die gar nicht hineingehören. Der Rechnungshof hat das ganz klar und deutlich gesagt, das ist eine Fehlinterpretation von unserer Seite, die gehören auf einer anderen Post abgewickelt. Abschließend darf ich noch eines dazusagen, da will ich mich aber ganz kurz fassen.

Als ich Finanzreferent wurde und das erste Mal mit dieser Frage besonders konfrontiert wurde, habe ich erklärt, daß ich mich bemühen werde, hier nach dem rechten zu sehen und daß ich versuchen werde, bei den Repräsentationen zu sparen. Es ist uns im Vergleich zum Rechnungsjahr 1984 gelungen, insgesamt nahezu S 200.000,- einzusparen. Wir haben insgesamt 1984 einen Betrag von S 1.700.000,-

dafür ausgegeben, im Vorjahr waren es S 1,822.000,--. Sie können daraus ersehen, daß wir bemüht sind, hier nach dem rechten zu sehen und daß es uns tatsächlich gelungen ist, Einsparungen zu erzielen. Wir werden uns weiter bemühen, noch weitere Einsparungen zu erzielen. Wir kommen über manche Sachen einfach nicht hinweg, es sind wie gesagt auch Aufgaben drinnen, die man nicht unbedingt als Repräsentationskosten ansehen kann. Es sind teilweise auch Maßnahmen drinnen, die unserer Stadt sehr helfen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Wer ist dagegen? Der Antrag ist mit 2 Gegenstimmen (GAL – GR Ramoser; FPÖ – GR Eichhübl) angenommen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich habe noch zwei Anträge vorzubringen. Der erste ist ein Antrag, der alle Jahre wiederkehrt, er behandelt das Rote Kreuz, die Jahressubvention 1986. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

9) Ha-1170/86

Rotes Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt;

Gewährung der Jahressubvention 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA IX vom 26. 2. 1986 wird dem Österreichischen Roten Kreuz, Bezirksstelle Steyr-Stadt, für das Jahr 1986 eine Subvention in der Höhe von S 390.000,-- gewährt. Im Hinblick auf die Gemeinnützigkeit des Verwendungszweckes wird von der Anwendung der 20 %igen Kreditsperre Abstand genommen.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 390.000,-- (dreihundertneunzigtausend)

werden bei der VA-St. 1/530000/757000 freigegeben.

Ich bitte um Annahme des Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Keine Wortmeldung. Ist jemand gegen den Antrag? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Mein vierter und letzter Antrag ist ein Antrag, der alle Jahre wiederkehrt. Er behandelt eine Subvention zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

10) Präs-190/86

Personalvertretung des Magistrates Steyr; Gewährung einer Subvention zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben im Jahr 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 27. Februar 1986 wird der Personalvertretung des Magistrates Steyr zur Durchführung von Personalbetreuungsaufgaben so wie in den Vorjahren eine einmalige nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 345.000,-- (dreihundertfünfundvierzigtausend)

gewährt.

Im Hinblick auf den sozialen Charakter der verschiedenen von der Personalvertretung durchgeführten Aktionen soll dieser Betrag ungekürzt zur Auszahlung gelangen,

so daß im gegenständlichen Fall von der Anwendung der vom Gemeinderat beschlossenen 20 %igen Kreditsperre für Ermessensausgaben Abstand genommen wird. Die Personalvertretung verpflichtet sich gleichzeitig, nach Abschluß des Jahres einen Nachweis über die Verwendung der Subvention vorzulegen. Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 345.000,-- (dreihundertfünfundvierzigtausend)
bei VSt 1/094000/757000 freigegeben.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Herr Gemeinderat Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich begrüße sehr, daß der Beamtenschaft des Magistrates Steyr eine Subvention zugesprochen wird, kann aber nicht verstehen, daß laut GR-Beschluß vom 4. Juni 1985 der Personalvertretung mitgeteilt wurde, sie müßte einen Verwendungsnachweis erbringen. Dieser wurde meines Erachtens nach nicht erbracht, vor allem nicht gegenüber der GAL. Ich weiß nicht, wie das bei den anderen Fraktionen passiert, ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß mit der Aufzählung einiger Daten ein Verwendungsnachweis erbracht ist. Wir können aus diesem Grund hier nicht zustimmen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Nein. Ich bitte den Berichterstatter um sein Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Es ist schon möglich, daß gegenüber der GAL kein Verwendungsnachweis erbracht wurde, den es aber sicher gibt. Bei dieser Summe handelt es sich im wesentlichen um die Betriebsausflüge, die ja jede nennenswerte Firma macht. Für diese Betriebsausflüge ist der größte Teil dieser Summe ausgegeben worden. Ich kann jetzt im Detail zwar nicht sagen, wieviel für diese Ausflüge bzw. wieviel für andere Zwecke verwendet wurde. Aber der Nachweis ist sicher erbracht worden. Ich würde bitten, dem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist gegen eine Stimme (GAL) angenommen. Ich danke Kollegen Wippersberger für seine Berichte. Nächster Redner ist anstelle Kollegen Pimsil Kollege Sablik.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

Mit der Fa. Hasenöhrl hat die Stadt Steyr am 17. 12. 1982 einen Grundsatzvertrag abgeschlossen, wonach diese Firma unseren Müll zu Kilopreisen abnimmt. Der letzte Tarif war S 181,83 zuzüglich 10 % MWSt pro 1000 kg angeliefertem Müll. Die Fa. Hasenöhrl ist vorstellig geworden und hat mitgeteilt, daß sie den Müll nur dann übernehmen kann, wenn ihr pro Tonne S 227,27 zuzüglich 10 % MWSt bezahlt wird. Ich habe Ihnen nun den Antrag auf Abänderung dieses Vertrages vorzubringen und ersuche um Zustimmung.

11) ÖAG-6896/82

Mülllieferungsübereinkommen mit Otto Hasenöhrl,
St. Valentin; Änderung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Magistratsdirektion vom 30. Jänner 1986 wird die in der Anlage beigeschlossene 3. Nachtragsvereinbarung zu der zwischen der Stadt Steyr und Herrn Otto Hasenöhrl am 17. 12. 1982 auf der Basis des Gemeinderatsbeschlusses vom 16. 12. 1982 beigeschlossenen Mülllieferungsvereinbarung genehmigt.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Bedauerlicherweise ist zum wiederholten Male das eingetreten, was ich bereits unmittelbar nach Schließung der eigenen Mülldeponie in Steyr und unmittelbar nach Vertragsabschluß des sogenannten Mülllieferungsübereinkommens, das bereits heute erwähnt wurde, gesagt habe, daß sich die Stadtgemeinde Steyr in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis begeben hat oder sie mußte sich in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis begeben durch die Schließung dieser Mülldeponie. Der Vertragspartner Hasenöhrl nützt dies offenbar aus, denn wie sonst wären diese ständigen Anträge auf Preiserhöhungen innerhalb kürzester Zeit – der Vertrag existiert erst seit einigen Jahren – zu verstehen. Es bleibt also nur zu hoffen, daß in diesem Bereich eine Stabilisierung eintritt dann, wenn in Kürze, nämlich im Sommer, die eigene Mülldeponie wieder eröffnet wird.

Bedauerlicherweise haben wir in Steyr, wie im ganzen Land Oberösterreich, nach wie vor das Problem, daß es keine geordnete Sondermülldeponie gibt, denn bekanntlicherweise ist es einigen Gruppierungen gelungen, die geplante Sondermülldeponie in Asten zu verhindern. Kollege Ramoser wird es besser wissen, wer das war, aber offensichtlich ist es diesen Kreisen wichtiger, daß der Sondermüll unkontrolliert irgendwo verschwindet. Aber auch da erhoffe ich mir, daß eine Besserung eintritt, wenn in Kürze das neuerrichtete Bundes-Umweltamt in Aktion tritt und dieses dann die Möglichkeit hat, nicht nur Privatpersonen, sondern auch Firmen, Gemeinden so wie Länder für eine geordnete Müllentsorgung anzuhalten und anzuweisen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, abschließend möchte ich auch darauf hinweisen, daß wir uns alle miteinander Gedanken machen müssen, daß der Müll nicht ohne Grenzen weiter produziert werden kann, das ist selbstverständlich, denn da würden wir in einigen Jahren wahrscheinlich wieder vor der gleichen Situation stehen, die Mülldeponie schließen zu müssen. Wir alle müssen mit gutem Beispiel vorangehen, möglichst wenig Müll zu erzeugen. Wir werden nicht ohne Müll auskommen, das ist klar. Aber das sehe ich als vordringlichste Aufgabe für die Zukunft an. Ich danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht dazu noch jemand zu sprechen? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich sehe vollkommen ein, daß sich die Stadtgemeinde in ein Abhängigkeitsverhältnis begeben hat, aber die Fa. Otto Hasenöhrl kommt immer wieder und erhöht ihre Preise. Das ist mir schon klar, aber ich denke, man müßte da einmal ein Konzept ausarbeiten, was man mit dem Müll macht, was man in der nächsten Zeit mit dem Müll macht. Man kann nicht einfach sagen, wir machen in Hausleiten einen großen Misthaufen und damit hat es sich. So soll es wirklich nicht sein.

Ein Konzept für Müllvermeidung wird in jeder größeren Stadt ausgearbeitet, nur in Steyr passiert das nicht – ich frage mich, warum? Ich war vor kurzem erst auf einem Seminar und mußte feststellen, daß Fachleute darüber sehr besorgt sind, daß die momentane Situation des Müllaufkommens ständig steigt und der Müllberg nicht beseitigt werden kann. Dafür gibt es mehrere Lösungen, daß man eben sofort Konzepte schafft für die Mülltrennung, aber das kann nicht alles sein. Man müßte weiterdenken und dann sagen, eine Müllaufbereitung, so wie sie bei uns zustande kommt mit der Mülldeponie – genannt Misthaufen – ist es nicht, wir müssen versuchen, den Müll bereits im Haushalt zu trennen. Es gibt bereits gute Anhaltspunkte von anderen Städten, die z. B. bereits beim Küchenbau beginnt, wo eigene Kästchen vorhanden sind, in denen der Müll getrennt wird. Das finde ich sehr sinnvoll, weil es die Bevölkerung zur Mülltrennung anregt. Man soll der Bevölkerung nicht alles abnehmen und den Müll praktisch an sich reißen, weil das Kosten verursacht, sondern man sollte versuchen, dem Bürger beizubringen, seinen Müll bereits zu trennen. Das kann man noch fortsetzen, wenn im Haushalt der Müll bereits getrennt wird, vor den Häusern geeignete Container aufzustellen, damit die Mülltrennung weiter vollzogen werden kann. Diese Container sollten separat vor den Häusern stehen, nicht so wie jetzt, daß ein Container dort steht und der Müll wird einfach hineingeworfen, der dann später getrennt werden muß. Man könnte versuchen, die Mülltrennung im Haushalt zu beginnen bis zur Entsorgung. Die dritte und für mich beste Möglichkeit wäre es, die Müllvermeidung zu propagieren, so daß einfach weniger Müll entsteht. Es sollte schon bei den Verpackungsindustrien darauf geachtet werden, daß weniger Textilien oder Plastik verwendet wird und mehr Pappe, damit Müll verhindert wird.

Wir werden diesem Antrag zustimmen, weil es momentan keine andere Möglichkeit gibt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zur Aufklärung darf ich sagen, daß es dem Herrn Ramoser bisher nicht aufgefallen ist, daß Steyr bei der Mülltrennung beispielgebend ist. Es gibt eine ganze Reihe von Containern, die ausschließlich für Papier vorgesehen ist. Wir haben sehr viele – ich kann die Zahl jetzt nicht sagen, Sie können das aber schriftlich haben – Container für Glassammlung, für Bunt- und Weißglas getrennt, darüberhinaus gibt es eine Reihe von Haussammlungen, wo Sperrmüll gesondert abgeführt wird. Es gab bis jetzt die Sonderaktionen des Roten Kreuzes, die regelmäßig die Abfuhr von Alttextilien und Papier vorgenommen haben. Es stimmt einfach nicht, was Sie sagen, daß kein Konzept vorliegt, wir haben in Steyr ein Müllkonzept, das möchte ich sehr deutlich sagen. Unsere Mülldeponie wird derzeit saniert. Ich bitte Sie, mir eine gleichrangige Stadt zu sagen, die so viel dafür ausgibt. Es gehört auch der Klärschlamm dazu, auch das ist eine Entsorgung. Jedem hier herinnen ist bekannt, daß wir S 200 Millionen beschlossen haben, denn wir haben gemeinsam mit dem Reinhaltungsverband, in dem 6 andere Gemeinden integriert sind, das beschlossen. Die Klärpresse ist derzeit bereits in Betrieb, sie funktioniert tadellos, die Kläranlage funktioniert und wir müssen auch den Klärschlamm in irgend einer Form entsorgen und das erfolgt ebenfalls auf der Mülldeponie. Das wollte ich zur Aufklärung sagen, weil man hier ganz bewußt falsche Tatsachen sagt, denn das ist nicht richtig gewesen, was Sie sagen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Herr Bürgermeister, es gibt aber kein schriftliches Konzept!

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand dazu das Wort? Herr Kollege Holub bitte!

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!
Ich glaube, daß es schon notwendig ist, auch darauf hinzuweisen, daß nicht erst seit Einzug der GAL in diese Gemeindestube man sich Gedanken macht über die Herkunft bzw. über die Verwendung des Mistes, der halt in Ballungszentren anfällt. Ich erinnere daran, daß wir seit vielen Jahren – ich meine mit wir die Volkspartei – eine Mülltrennung von hier aus gepredigt haben auch in unseren Aussendungen und unseren Mitbürgern versucht haben klarzumachen, daß die Mülltrennung im Haushalt notwendig ist. Nur geht es halt nicht an zu meinen, daß nur durch die Verordnung von Mülltrennung der Müll auch tatsächlich im Haushalt getrennt wird. Ich meine, daß es richtig ist, in kleinen Schritten damit zu beginnen, die Haushalte anzuleiten. Die kleinen Schritte sind schon erheblich größer geworden und wenn man aufmerksam durch unsere Stadt geht, so erkennt man eine vermehrte Anzahl von Sammelbehältern verschiedenster Art. Es ist sehr erfreulich, daß die Sammelbehälter näher zum Haushalt kommen, wo die Probleme des Mülls tatsächlich entstehen. Es ist zweifellos notwendig, daß die Mülldeponie in Ordnung gebracht wird und es wäre eine ziemlich große Unvernunft, anzunehmen, daß wir ohne diese Mülldeponie auskommen könnten. Es ist sicherlich nicht der Fall, daß man sich keine Gedanken macht, was mit dem Müll in weiterer Folge geschehen kann. Ich weiß, daß darüber nachgedacht wird, aber nicht von heute auf morgen andere Formen der Müllverwertung anzustreben, wobei man sich aufgrund der unterschiedlichen Expertenmeinungen zur Zeit überhaupt nicht im klaren sein kann, welche die ideale Möglichkeit wäre. Kollege Ramoser weiß sicherlich besser wie ich, daß es auch Verwertungsmodelle gibt für den Müll, z. B. das klingende Schlagwort BAM – wir leben ja in kurzen Abkürzungen – und sicher wissen alle hier im Gemeinderat ganz genau, daß sich hinter dem Wort BAM die Abkürzung für Brennstoff aus Müll verbirgt. Man kann also Briketts fertigen aus Müll und noch viele andere Möglichkeiten existieren im Versuchsweg. Aber die Kosten sind zur Zeit im Verhältnis zum erzielbaren Effekt noch nicht im Griff und auch die Technologien dazu sind noch nicht im Griff. Aber daß man sehr wohl, und daran werden wir alle hier im Gemeinderat vertretenen Parteien weiter arbeiten, die Technologie, die Kenntnisse und die Verwertung des Mistes tatsächlich weiter treiben wird müssen. Denn das Problem des Mülls ist nicht von einer Partei abhängig, sondern wir alle müssen alle unsere Fähigkeiten darin einsetzen, die Erde nicht an unsere Kinder als Misthaufen weiterzugeben, sondern als vernünftigen Planeten. Dazu gehört nicht nur die Vermeidung oder Verwertung von Mist, sondern dazu gehört auch noch das menschliche Gesprächsthema und die menschliche Vernunft. Es gibt Mist nicht nur im Mistkübel, sondern es gibt auch eine dingliche Hygiene und eine rhetorische Hygiene. Ich hoffe, daß wir beide Dinge im Griff behalten werden bzw. wieder in den Griff bekommen werden.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Kollege Wippersberger Bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Ich war 16 Jahre lang Referent des städtischen Wirtschaftshofes und habe mich 16 Jahre mit der Frage der Müllbeseitigung befaßt. Ich war bei sehr sehr vielen Tagungen auch im Ausland und habe mich informiert, was dort geschieht. Ich war in Frankreich, in den Vereinigten Staaten von Nordamerika – das ist das industriell höchste Land der Welt. Es wird überall nur mit Wasser gekocht und es gibt weltweit keine befriedigende Lösung. Es ist absolut falsch zu sagen, es gäbe einen Ort oder eine Stadt, wo es eine wirklich befriedigende Lösung gibt.
Ich wehre mich dagegen, daß wir kein Konzept haben, wir haben uns sehr lange

und sehr ausführlich damit beschäftigt, wir haben auch mit Wissenschaftlern darüber gesprochen. Die Bezeichnung Misthaufen für unsere neue Deponie, die möchte ich besonders zurückweisen. Es gibt für die neue Mülldeponie einen Wasserrechtsbescheid, der auf wissenschaftlicher Basis erstellt wurde. Das dort unten als Misthaufen zu bezeichnen, das ist doch ein starkes Stück. Die ganze Müllbeseitigung ist sicher sehr viel Erziehungssache und daß es nicht von heute auf morgen geht, die Menschen dazu zu erziehen, ist klar. Es ist früher sicher nicht so viel Mist angefallen, z. B. die Reklame, das hat man früher verheizt. Ich bin selber schon älter und weiß, wir haben in der Waschküche geheizt, dort ist alles mögliche verheizt worden, was brennbar war. Das ist heute nicht mehr möglich und daher fällt heute mehr Müll an. Nochmals meine Feststellung, es ist sicher Erziehungssache. Wir in Steyr, das möchte ich feststellen, sind sehr vielen Städten einen Schritt voraus, wir haben bisher in dieser Richtung gute Erfolge erzielt, das Papieraufkommen, das zur Deponie kommt, ist viel geringer geworden, weil die Papiersammlung seit vielen Jahren in zunehmendem Maß gut gemacht wird. Wir haben mit Bunt- und Weißglas die besten Erfahrungen. Es fällt ja von Jahr zu Jahr mehr Glas an, denn die Leute sind doch langsam bereit, diese Behälter anzunehmen. Ich verwehre mich nochmals ganz energisch gegen die Bezeichnung Misthaufen, was unsere neue Mülldeponie anbelangt. Es ist eine geordnete Deponie, die auf wissenschaftlicher Basis erstellt wurde.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Kollege Sablik bitte zum Schlußwort.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Ich darf sagen, auch ich war bei einem Seminar des Städtebundes und im Anschluß daran wurde in Haag ein Projekt der NÖ. Landesregierung, genannt Mülltrennung, besichtigt. Die Ergebnisse waren nicht sehr ermutigend, sowohl für die Landesregierung als für das Umweltschutzministerium und die Firmen, die die angeblich wiederverwertbaren Rohstoffe zu verwerten gehabt hätten. Es hat sich nämlich gezeigt, in einer Halle des Ni-Werkes der Steyr-Daimler-Puch AG war dieses Projekt untergebracht auf Laufbändern und der Müll wurde aus eigens ausgesuchten Gemeinden gebracht, so daß nicht nur aus ländlichen Gemeinden, sondern auch aus Stadtbereichen die Abfallstoffe dorthin gelangt sind, daß 40 Prozent des Abfalles aus besudelten Plastikfetzen bestehen, die nicht wiederverwendet werden können. Diese mußten ebenfalls zum Hasenöhrle in die Grube gebracht werden. Das ist ein Pilotprojekt, bei größeren Mengen könnte das vielleicht im Recyclingweg wiederverwertet werden. So geht es mit den einzelnen Rohstoffen, denn heutzutage wird manches Rohprodukt billiger angeliefert wie dann aus der Wiederverwertung heraus die Rohstoffe preislich gestaltet werden können. Im Wege dieser sogenannten Pfandflaschen oder Pfandgüter könnte noch sehr viel getan werden. Das ist allgemein bekannt, scheitert aber an den gewissen genossenschaftlichen Einrichtungen, die sich weigern, die Milch in Plastikflaschen abzugeben. Es wurden Versuche gemacht, die Milch so wie früher in der Milchkanne abzugeben, so wie wir sie früher geholt haben. Die Leute haben das nicht angenommen, die Molkereien sind auf der Milch sitzengeblieben. So geht es auch mit den anderen Verpackungsmaterialien. Wir wissen, daß ein Joghurtbecher 5000 Jahre in gleichen Zustand bleibt, wenn man ihn in die Erde eingräbt.

Es ist leider derzeit unser Konzept zu verwirklichen, der Gemeinderat hat es beschlossen, und zwar das Konzept Mülldeponie und dazu gehört der heutige Antrag, um diese schneller in Betrieb nehmen zu können. Ich habe ja in dieser Richtung noch einige Anträge.

Das, was Du gesagt hast, dazu sagt man im Volksmund "Vogel friß oder stirb,"

aber wir stehen vor dieser Situation und darum bitte ich Sie, dem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Dieser Antrag hängt zwar nicht mit der Mülldeponie zusammen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Aber der nächste dient dazu.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ja, aber zuerst kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Um den angelieferten Müll zu verdichten, bitte ich Sie, folgenden Antrag zu bewilligen:

12) Wa-4125/73

Mülldeponie der Stadt Steyr; Ankauf eines Müllverdichtungsgerätes
und einer Laderaupe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 11. 3. 1986 werden im Zusammenhang mit der Inbetriebnahme der Mülldeponie der Stadt Steyr folgende Aufträge vergeben:

1. Lieferung eines Kompaktors, Type CL 66 D turbo:

an die Fa. Intropa, Wien, zum Preise von S 2,115.000,- excl. MWSt.

2. Lieferung einer Laderaupe, Type L 600 D:

an die Fa. Intropa, Wien, zum Preise von S 1,2 S 1,296.000,- excl. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 3,411.000,- (drei Millionen vierhundertelftausend)

werden bei der VA-St. 5/813000/040000 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Kollege Ramoser bitte!

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Es ist sehr schön, daß wir jetzt eine Schlammpresse bekommen, nur wird der Schlamm dadurch nicht entgiftet, die Schwermetalle kommen dadurch nicht aus dem Schlamm heraus, sondern sie werden nur gepreßt und gelagert. Es gibt bereits gerüchteweise beim Magistrat und auch in der Öffentlichkeit die Meinung, daß dieser Schlamm eventuell an Bauern verkauft werden könnte. Für die GAL heißt das, die Gifte werden konzentriert, gepreßt und auf die Felder geführt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Darf ich dazu sagen, daß das schon wieder eine Unrichtigkeit ist. Es ist keine Rede davon, daß dieser Schlamm verkauft wird. Das möchte ich richtigstellen. Sagen Sie hier nicht dauernd Unwahrheiten, die überhaupt nicht zur Debatte stehen. Zur Debatte

steht der Ankauf eines Müllverdichtungsgerätes und einer Laderaupe. Ich bitte Sie, zum Thema zu sprechen und nicht Unwahrheiten zu verbreiten. Das steht ja überhaupt nicht zur Debatte, auch in einem anderen Zusammenhang nicht, daß der Schlamm oder das Produkt des Klärschlammes an Bauern verkauft wird. Dazu dient unsere Mülldeponie, dort wird das deponiert.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich möchte noch sagen, sollte dieser Schlamm

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wir tun hier herinnen nicht Gerüchte fabrizieren und weiterverbreiten, sondern wir beschließen Tatsachen.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Diese Gerüchte wurden auch im Ausschuß vorgebracht. Wenn Gerüchte im Ausschuß besprochen werden, dann glaube ich, gilt das auch für den Gemeinderat. Es wurde dort auch die Mülldeponie behandelt. Ich glaube, daß es ein sehr wesentlicher Punkt ist, was mit dem Schlamm passiert. Meine Anregung war nur die, wenn man den Schlamm weggeben sollte, daß man dies von einem Gemeinderatsbeschluß abhängig machen sollte.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Der Schlamm wird nicht weggeben, das möchte ich noch einmal sagen. Ihre Wortmeldung wäre nicht notwendig gewesen, denn Sie haben nicht ein Wort zum Thema gesagt.

Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Kollege Sablik bitte.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der Kompaktor dient ja zum Verdichten, damit wir möglichst lange mit der Deponiefläche auskommen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Der Antrag ist mit einer Stimmenthaltung (GR Ramoser - GAL) angenommen. Ich bitte um den nächsten Antrag.

STADTRAT ERICH SABLIK:

Der nächste Antrag des Stadtsenates lautet:

13) Bau6-4758/85

Erstellung eines Kanaldetailprojektes für die Kanalisation Steyr südlich des Wehrgrabens; Ergänzung des GR-Beschlusses vom 7. 2. 1985 und des StS-Beschlusses vom 5. 12. 1985. /

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 7. 2. 1985 wurde der Auftrag zur Erstellung eines Kanaldetailprojektes für die Kanalisation Steyr südlich des Wehrgrabens an das Ingenieurbüro Baurat Dipl. Ing. Flögl zum Preis von S 480.000,- exkl. MWSt übertragen. Die Freigabe der hierfür erforderlichen Mittel blieb einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr hierfür zuständigen Organes im Rechnungsjahr 1986 vorbehalten.

Mit Beschluß des Stadtsenates der Stadt Steyr vom 5. 12. 1985 wurde der Auftrag zur Durchführung von Bodenuntersuchungen zur Erstellung der Ausschreibungsunterlagen für die Kanalisation Wehrgraben Süd an die Bodenprüfstelle des Amtes der OÖ. Landesregierung mit Unterstützung des Städt. Wirtschaftshofes zum Preise

von S 45.000,- übertragen. Auch hier blieb die Freigabe der erforderlichen Mittel einem gesonderten Beschluß des nach dem Statut für die Stadt Steyr zuständigen Organes für das Rechnungsjahr 1986 vorbehalten.

Aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 24. 2. 1986 wird nunmehr zur Begleichung der vorliegenden Rechnungen der erforderliche Betrag von S 495.234,- exkl. MWSt. zur Auszahlung bewilligt.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 495.200,- (vierhundertfünfundneunzigtausendzweihundert)

bei der VA-St. 5/811000/050250 freigegeben.

Gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr wird der Magistrat infolge Dringlichkeit zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist so beschlossen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ERICH SABLIK:

14) SH-645/86

Einkommensschwache Personengruppen; Brennstoffaktion 1986.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Zur Durchführung der Brennstoffaktion 1986 wird der Betrag von

S 800.000,- (achthunderttausend)

aus den bei der VSt 1/429100/403000 präliminierten Mitteln freigegeben.

Die Brennstoffaktion ist nach Maßgabe des Amtsberichtes der Mag. Abt. V vom 18. 3. 1986 durchzuführen. Dem gemeinderätlichen Wohlfahrtsreferenten wird die Ermächtigung erteilt, wie in den Vorjahren in besonders berücksichtigungswürdigen Fällen bei geringfügigen Richtsatzüberschreitungen Sondergenehmigungen zu erteilen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich danke für die Berichte. Kollege Schloßgangl ist der nächste Berichterstatter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Bei meinem ersten Antrag handelt es sich um den Kanal Feldstraße, er lautet:

15) Bau6-4840/83

Kanal Feldstraße (Kanalisation Weinzierl, 1. Ausbaustufe);

Ergänzung zum StS-Beschluß vom 8. 8. 1985.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Mit Beschluß des Stadtsenates vom 8. 8. 1985 wurde der Errichtung des Kanales

Feldstraße (Kanalisation Weinzierl, 1. Ausbaustufe) zu einer Gesamtsumme von

S 7.270.120,- zugestimmt. Gleichzeitig wurde der Auftrag zur Ausführung der Erd-,

Baumeister- und Rohrverlegungsarbeiten für die Errichtung des gegenständlichen

Nebensammlers F III/1 der Fa. IIlbau, Linz, und die Nebensammler 9, 10 und 11

der Fa. Koller, Grein, übertragen.

Da im Rechnungsjahr 1985 lediglich ein Betrag von S 3,475.300,- zur Auszahlung gelangte, werden nunmehr aufgrund des Amtsberichtes der MA III vom 5. 3. 1986 die zur Begleichung des für das Rechnungsjahr 1986 offenen Betrages in Höhe von S 3,300.000,- excl. USt erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 3,300.000,- (drei Millionen dreihunderttausend)

bei der VA-St. 5/811000/050410 freigegeben.

Wegen Dringlichkeit wird der Magistrat gemäß § 44 Abs. 5 des Statutes für die Stadt Steyr zum sofortigen Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um ein Zeichen mit der Hand, wenn Sie zustimmen? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Der nächste Antrag lautet:

16) Ges-15/85

Straßenbenennung "Sandbauernstraße".

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA XI vom 11. März 1986 erhält der ca. 190 m lange unbenannte Straßenteil zwischen der Schlüßlmayrstraße und der Sandbauernstraße im Gemeindegebiet Garsten, im Lageplan des Stadtbauamtes Maßstab 1 : 1000 grün lasiert ausgewiesen, die Bezeichnung "Sandbauernstraße".

Ich bitte, darüber abstimmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Wer ist für den Antrag? Gegenprobe? Danke. Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Im letzten Antrag geht es um eine Flächenwidmungsplanänderung, betreffend Milda - Weinzierl in Dietach. Der Antrag lautet:

17) Bau2-7118/83

Flächenwidmungsplanänderung Nr. 31 (Milda - Weinzierl).

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Steyr entsprechend dem Teilplan Nr. 31 wird nach Maßgabe des Amtsberichtes der MA XI vom 20. März 1986 entsprechend den Planunterlagen des Stadtbauamtes vom 19. Februar 1986 gemäß § 23 Abs. 3 OÖ. Raumordnungsgesetz LGBl. Nr. 18/1972 idgF in Verbindung mit den §§ 23 Abs. 1 und 21 Abs. 4 und 5 des zitierten Gesetzes beschlossen.

Ich bitte Sie, auch dieser Flächenwidmungsplanänderung die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Ramoser.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Zu dieser Flächenwidmungsänderung wurde ein Amtsbericht erstellt. Dieser wurde sehr kompliziert verfaßt, wo man sich auch beim genauen Lesen nicht orientieren kann, warum Bauland, warum Grünfläche. Für mich gibt es sehr schwierige Aussagen seitens dieser Amtsberichtersteller. Die Flächenumwidmung wurde beantragt von der Fa. Milda, und zwar, um das Projekt vergrößern zu können. Eine Betriebserweiterung ist beabsichtigt, steht in diesem Amtsbericht. Weiters steht, da bei der geplanten Erweiterung des Betonwerkes neue Arbeitsplätze geschaffen werden, soll diesem Ersuchen entsprochen werden.

Ich habe mich mit diesem Problem etwas näher beschäftigt und glaube nicht, daß die Firma Milda in der Lage ist, eine Erweiterung ihrer Betriebsfläche durchzuführen. Ich kann nur sagen, daß hier in diesem Haus im Parterre die Fa. Milda angeschlagen war mit der Versteigerung eines Klaviers. Ich kann mir daher nicht vorstellen, wenn eine Firma bereits das Klavier versteigern muß, daß sie dann eine Betriebsvergrößerung durchführen kann. Ich glaube, daß hier wahrscheinlich mit der neuen Straßentrasse durch Dietach Gründe gebraucht werden und Umwidmungen durchgeführt werden müssen. Das ist meine Vermutung, die ich in keiner Weise belegen kann. Es könnte ja sein, daß man hier die Straße durchziehen will und sich die Gründe rechtzeitig sichern will, und darum diese Flächenwidmungsänderung. Ich glaube einfach nicht an die Zahlungsfähigkeit der Fa. Milda, daß sie diesen Betrieb erweitern kann wenn sie bereits öffentlich angeschlagen ist.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Die Vermutung darf ich widerlegen, auch das stimmt, so wie ihre vorherigen Aussagen, nicht.

Zu diesem Thema hat sich auch noch Kollege Holub gemeldet.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL HOLUB:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich glaube, daß Kollege Ramoser es richtig gesagt hat, er hat sich etwas näher damit beschäftigt, aber leider Gottes nicht nahe genug. Offensichtlich weiß er nicht, worum es geht. Offensichtlich ist Kollegen Ramoser entgangen, daß sich neben dem Betriebsobjekt der gegenständlichen Firma ein Wohnhoffnungsland befindet und daß eine Lärmschutzzone zwischen dem Betrieb und dem Wohnhoffnungsland durchaus erforderlich ist. Das soweit zur grundsätzlichen Darstellung. Aber etwas ganz anderes möchte ich auch noch hier anbringen.

Ich glaube nicht, daß es zur seriösen Aufgabenerfüllung von kommunalen Mandataren gehört, die wirtschaftliche Bonität von Unternehmungen durch diese Aussagen, wie "an der Anschlagtafel habe ich ein Klavier gesehen", in Frage zu stellen. Ich glaube nicht, daß wir diesen Ton in diesem Gemeinderat nachvollziehen sollten, weil es nicht Aufgabe der Gemeindevertretung ist, darüber nachzudenken, ob es einem Unternehmen gut oder schlecht geht, insbesondere dann, wenn man so wenig Ahnung davon hat, was in den Unternehmen tatsächlich vorgeht. Ich glaube nicht, daß es die Aufgabe von Gemeindevertretern ist, in einer protokollierten Sitzung ein Unternehmen vor der Öffentlichkeit mies zu machen, das sich darum bemüht, die eigenen Produktionswege und die eigenen produzierten Güter an die Marktgegebenheiten anzupassen. Wenn Sie das, Herr Kollege, als Ihre Aufgabe als Gemeindepolitiker sehen, dann zeichnen Sie das Bild vom Politiker, das wir alle zu recht anfechten wollen. Wir wollen unsere Bürger vertreten nicht unsere Bürger mies machen. Wenn wir schon etwas sagen, dann sollten wir uns nicht etwas näher damit auseinandersetzen, sondern sehr fundamental. Wenn Sie solche Aussagen machen, Herr Kollege, dann begeben Sie sich an den Rand des Klagbaren. Davor möchte ich Sie warnen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand dazu das Wort? Das ist nicht der Fall, ich bitte den Referenten um das Schlußwort.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich möchte dazu bemerken, daß man dem Betrieb, der sich in der letzten Zeit mit einem neuen Patent, das er erworben hat, beschäftigt und damit versucht und glaubt, seinen Betrieb sanieren zu können, aufgrund dieser Tatsache die Möglichkeit geben soll, den Betrieb zu vergrößern. Wie weit er selbst dazu finanziell in der Lage sein wird, ist sicherlich nicht unsere Aufgabe, das zu beurteilen.

Dieser Grünstreifen, der hier umgewidmet werden soll, ist sicherlich notwendig, um eine Pufferzone zum angrenzenden Wohn- und Siedlungsgebiet zu schaffen. Ich bitte daher, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für das Schlußwort. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen? Der Antrag ist mit einer Gegenstimme (GAL – GR Ramoser) angenommen.

Ich danke für die Berichte. Nächster Berichterstatter ist Kollege Steinmaßl.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich darf Ihnen heute drei Anträge des Stadtsenates zur Beschlußfassung vorbringen. Der erste Antrag ist ein erfreulicher, denn er behandelt die befristete Senkung des Arbeitspreises für Erdgas.

Der Antrag des Stadtsenates lautet:

18) ÖAG-4925/81

Stadtwerke

Arbeitspreis für Erdgas; befristete

Senkung des Gasabgabepreises.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stadtwerke vom 4. 3. 1986 wird der Gasabgabepreis mit Wirkung vom 1. 1. 1986 für die Dauer der Laufzeit des von der OÖ. Ferngas gewährten Rabattes in Höhe von 20 % auf den Arbeitspreis wie folgt neu festgesetzt:

	S/kWh
1. Haushalt	
a) Kochzwecke, WW-Bereitung	0,542
b) a) und Raumheizöfen	0,491
c) a) und Zentralheizung	0,473
2. Gewerbe	
0 – 11.000 kWh	0,543
11.001 – 27.600 kWh	0,518
27.601 – 66.300 kWh	0,509
66.301 – 132.600 kWh	0,491
132.601 – 276.200 kWh	0,473
276.201 – 552.400 kWh	0,465
3. Großabnehmer	
552.401 – 1,100.000 kWh	0,449
1,100.001 – 6,630.000 kWh	0,431

6,630.001 – 16,600.000 kWh	0,393
16,600.001 – und darüber kWh	0,332

Zu den obigen Preisen je kWh ist die gesetzliche Umsatzsteuer gemäß Umsatzsteuergesetz 1972 hinzuzurechnen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer dem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der nächste Antrag betrifft:

19) ÖAG-1741/86

Neuverlegung der Niederdruckgasleitung Gaswerk-gasse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke Steyr vom 4. 3. 1986 werden im Zusammenhang mit der Neuverlegung der Niederdruckgasleitung Gaswerk-gasse folgende Aufträge vergeben:

- | | |
|--|------------------------|
| 1. Tiefbauarbeiten: an die Fa. Dipl. Ing. Adami, Steyr, | |
| zum Preise von | S 256.940,- exkl. USt. |
| 2. Lieferung der Sphärogußrohre: an die Fa. VÖEST- | |
| Alpine Rohstoffhandels-GesmbH, Salzburg, zum | |
| Preise von | S 167.500,- exkl. USt. |
| 3. Rohrverlegungsarbeiten: an das städt. Gaswerk, Steyr, | |
| zum Preise von | S 80.000,- exkl. USt. |
- Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Auch hier darf ich um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu? Keine. Ist jemand gegen den Antrag? Gibt es Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT RUDOLF STEINMASSL:

Der letzte Antrag lautet:

20) ÖAG-1740/86

Stadtwerke

Verlegung einer Erdgashochdruckleitung ND 4 von der Erdgasübergabestation Ennsleite zur Anschlußstelle ehem. Eisenbundesstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Betriebsleitung der Stadtwerke Steyr vom 5. 3. 1986 werden im Zusammenhang mit der Verlegung der Erdgashochdruckleitung ND 4 von der Erdgasübergabestation Ennsleite zur Anschlußstelle ehemalige Eisenbundesstraße folgende Aufträge vergeben:

- | | |
|--|------------------------|
| 1. Tiefbauarbeiten: an die Fa. Ing. Egger, Steyr, zum Preise von | |
| | S 659.525,- exkl. USt. |
| 2. Rohrlieferung und -verlegung: an die Fa. Integral- | |
| Montage, Wels, zum Preise von | S 399.865,- exkl. USt. |
| 3. Auftrag zur Dichtheitsprüfung: an die TÜV, Linz, | |
| zum Preise von | S 10.000,- exkl. USt. |
- Die hierfür erforderlichen Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist für den Antrag, den bitte ich um ein Handzeichen? Danke. Gegenprobe? Auch dieser Antrag ist so beschlossen.

Ich danke Kollegen Steinmaßl für seine Berichte. Anstelle von Kollegen Zöchling bitte ich Frau Stadtrat Ehrenhuber um den Vortrag der nächsten Tagesordnungspunkte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT INGRID EHRENHUBER anstelle des abwesenden Stadtrates Johann Zöchling:

Sehr geehrtes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates!

Ich darf Ihnen 7 Anträge zur Beschlußfassung vorlegen.

Der erste Antrag lautet:

21) ÖAG-3278/81

Verkauf der Grundparzelle 231/18. EZ. 1098, KG

Jägerberg (Fellinger-Siedlung) an Johann Wolkerstorfer.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 27. 1. 1986 wird der Verkauf der Grundparzelle 231/18, EZ. 1098, KG. Jägerberg, im Ausmaß von 762 m² an Herrn Johann Wolkerstorfer, Arbeiterstraße 37/13, 4400 Steyr, zum festgesetzten Quadratmeterpreis von S 520,- plus Anliegerleistung genehmigt.

Ich darf um Annahme dieses Antrages ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag oder enthält sich jemand der Stimme? Das ist nicht der Fall, der Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der nächste Antrag hat folgenden Wortlaut:

22) ÖAG-6622/83

Verkauf eines Gewerbegrundstückes an die Firma Wutzel, Wohnwagen, an
der Kreuzung Haager Straße und Voralpen-Bundesstraße.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Abverkauf der an der Kreuzung Haager Straße und Voralpenbundesstraße gelegenen Grundstücke 158/6 im Ausmaß von 2.560 m² und 159 im Ausmaß von 758 m² KG Hinterberg zum Preis von S 400,- je m² an die Firma Wutzel, 4400 Steyr, Haager Straße 18, wird unter folgenden Bedingungen zugestimmt:

1) Der Kaufpreis im Gesamtbetrag von S 1.327.200,- kann in drei gleichen Jahresraten entrichtet werden, wobei die erste Rate bei Vertragsunterfertigung fällig ist und die beiden weiteren Raten jeweils ein Jahr danach zu bezahlen sind. Eine Wert-sicherung wäre zu vereinbaren.

2) Der Firma Wutzel wird die Verpflichtung auferlegt, binnen drei Jahren auf den Kaufgrundstücken einen Gewerbebetrieb zu errichten und zu betreiben, wobei diese Verpflichtung durch ein Vor- und Wiederkaufsrecht zugunsten der Stadtgemeinde Steyr grundbücherlich sichergestellt wird.

3) Für den zum Zeitpunkt der Verbücherung noch aushaftenden Kaufpreisrest wird ein Pfandrecht zugunsten der Stadtgemeinde Steyr in der neu zu eröffnenden Grundbuchseinlage eingetragen.

Im übrigen gelten die im Amtsbericht der Magistratsdirektion angeführten Bedingungen.

Ich bitte um Genehmigung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Kollege Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Die GAL Steyr möchte auch hiezu Stellung nehmen. Ich sitze erst 6 Monate in diesem Gemeinderat und jedesmal, wenn die BMW-Werke etwas wollten von der Stadtgemeinde, haben sie das sofort bekommen. BMW will dieses Grundstück haben, um ihr Betriebsgelände zu erweitern. Das ist durchaus einzusehen und verständlich. Verständlich aber ist für mich nicht, daß die Stadtgemeinde dazu herangezogen wird, dem sehr guten und reichen Betrieb jedesmal mit einigen hunderttausend Schilling behilflich zu sein. Außerdem hat der Grund der Fa. Wutzel 1500 m² betragen. Die Stadtgemeinde stellt der Firma einen sehr guten Grund im Ausmaß von 3.000 m² zur Verfügung. Für mich wirft sich nun die Frage auf, warum doppelt so viel Grund gegeben wird. Aus dem Amtsbericht geht nicht klar hervor, ob der Grund rechts oder links der Voralpenbundesstraße liegt. Aus dem Amtsbericht bzw. Antrag geht das nicht hervor. Es kann nicht möglich sein, daß die Stadtgemeinde immer wieder diesem großen Betrieb so unterstützend zu Hilfe kommt. In diesem Amtsbericht steht auch, es gibt keine Grundteilung, weil städteplanerische Maßnahmen das nicht vorsehen. Ich habe noch nie einen Städteplan von Steyr gesehen bzw. es gibt ja nur Flächenwidmungspläne und die werden ständig geändert, so wie man es braucht. Ich verstehe nicht, warum die Stadtgemeinde BMW immer so gut zur Seite steht.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Kollege Wippersberger möchte dazu etwas sagen.

VIZEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Kollege Ramoser steht auch hier wieder daneben. Wir kommen in diesem Fall nicht BMW zu Hilfe, sondern wir kommen der Fa. Wutzel, einem Steyrer Betrieb, zu Hilfe. Es ist unrichtig, daß die 2.500 Quadratmeter ein besserer Grund sind, als der an der Hauptstraße, den die Fa. bis jetzt hatte.

Zu BMW im Prinzip möchte ich sagen, sind wir froh, wenn dieser Betrieb noch weiter vergrößert wird, da uns das zusätzliche Arbeitsplätze bringt. Wir wissen ja um die derzeitige Arbeitsplatzsituation, wir haben ungefähr 2.300 Arbeitslose in unserer Region und davon ca. 1300 in der Stadt Steyr. Wenn Sie daran interessiert sind, daß unsere Stadt eine günstigere Entwicklung nimmt in den nächsten Jahren, dann müssen Sie auch daran interessiert sein, daß wir entsprechende Arbeitsplätze haben. Aber, wie gesagt, der Antrag hat mit BMW direkt nichts zu tun, das ist etwas, was der Fa. Wutzel zugute kommt.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Wünscht dazu noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Der Referent verzichtet auf ein Schlußwort und wir kommen daher zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Gegenprobe? Danke, der Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der nächste Antrag lautet:

23) GHJ2-4194/85

Schloß Engelsegg, Steyr, Redtenbacher-
gasse 9; Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 16. 1. 1986 werden im Zusammenhang mit dringend erforderlichen Instandsetzungsarbeiten am Schloß Engelsegg, Redtenbacher-gasse 9, nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten ohne Gerüstung: Fa. Beer & Janischofsky
zum Preise von S 756.365,--
2. Gerüstungsarbeiten: Fa. Beer & Janischofsky zum Preise von S 88.500,--
3. Dachdeckerarbeiten: Fa. Langthaler, Steyr, zum Preise von S 373.675,--
4. Spenglerarbeiten: Fa. Faatz, Steyr, zum Preise von S 86.742,--
5. Gewichtsschlosserarbeiten: Fa. Weichselbaumer, Steyr,
zum Preise von S 114.632,--
6. Bautischlerarbeiten: Fa. Hackl, Steyr, zum Preise von S 522.810,--
7. Elektroinstallationsarbeiten: Fa. Berger, Steyr, zum
Preise von S 25.811,--
8. Blitzschutzanlage: Fa. Mitterhuemer, Steyr, zum Preise von S 19.573,--
9. Malerarbeiten: Fa. Huber, Steyr, zum Preise von S 119.840,--

Von den daraus resultierenden Gesamtkosten in Höhe von S 2.107.948,20 exkl.

MWSt. ist den Mietern ein Betrag von S 1.101.186,46 im Wege eines § 18-Verfahrens anzulasten, der Restbetrag wird von der Stadt getragen.

Zum genannten Zweck wird ein Betrag von

S 1.000.000,-- (eine Million)

bei der VA-St. 5/846000/010200 freigegeben und eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von

S 1.010.000,-- (Schilling eine Million zehntausend)

bei der gleichen Voranschlagsstelle bewilligt.

Die Deckung für die Kreditüberschreitung hat durch Darlehensaufnahme zu erfolgen.

Ich darf um Annahme ersuchen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist dagegen? Enthaltungen? Der Antrag ist so beschlossen. Danke.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der nächste Antrag hat folgenden Wortlaut:

24) GHJ2-7204/85

Gemeindeeigenes Objekt Steyr, Karl Marx-Straße
Nr. 4; Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 10. 2. 1986 werden im Zusammenhang mit dringend erforderlichen Instandsetzungsarbeiten im gemeindeeigenen Objekt Marxstraße 4 nachstehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Prameshuber, Steyr,
zum Preis von S 455.105,- o. MWSt.
2. Dachdeckerarbeiten an die Fa. Wittner, Steyr,
zum Preise von S 288.805,- o. MWSt.
3. Malerarbeiten an die Fa. Glaser, Steyr, zum
Preise von S 102.510,- o. MWSt.
4. Spenglerarbeiten an die Fa. Bandzauner, Steyr,
zum Preise von S 63.006,- o. MWSt.
5. Tischlerarbeiten an die Fa. Bittermann, Steyr,
zum Preise von S 27.450,- o. MWSt.
6. Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Berger,
Steyr, zum Preise von S 21.642,- o. MWSt.

7. Gewichtsschlosserarbeiten an die Fa. Tuma, Steyr,
zum Preise von S 11.160,- o. MWSt.
Die daraus resultierenden Gesamtkosten im Ausmaß von S 909.677,- werden von
der Stadt Steyr getragen. Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 910.000,-- (neunhundertzehntausend)
werden bei VSt 1/846000/01000 freigegeben.

Ich bitte um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht dazu jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Wer dafür ist, den bitte
ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Auch dieser Antrag
ist so beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Mein nächster Antrag lautet:

25) GHJ2-7431/85

Gemeindeeigenes Objekt Schubertstraße 4;
Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 24. 2. 1986 werden im Zusammenhang
mit den Instandsetzungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Schubertstraße 4 nach-
stehende Aufträge vergeben:

1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Beer & Janoschowsky, Steyr,
zum Preise von S 391.006,- o. MWSt.
2. Malerarbeiten an die Fa. Glaser, Steyr, zum
Preise von S 94.160,- o. MWSt.
3. Spenglerarbeiten an die Fa. Faatz, Steyr, zum
Preise von S 39.876,- o. MWSt.
4. Tischlerarbeiten (Gartenzaun) an die Fa. Bittermann,
Steyr, zum Preise von S 29.850,- o. MWSt.
5. Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Berger,
zum Preise von S 21.642,- o. MWSt.
6. Gewichtsschlosser an die Fa. Tuma, Steyr,
zum Preise von S 9.080,- o. MWSt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von
S 586.000,-- (fünfhundertsechszigtausend)
werden bei der VA-St. 1/846000/010000 freigegeben.
Die anfallenden Kosten werden von der Stadt getragen.

Ich bitte auch hier um Annahme.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Keine. Gibt es Gegenstimmen? Enthaltungen? Der
Antrag ist so beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Der nächste Antrag lautet:

26) GHJ2-7432/85

Gemeindeeigenes Objekt Schubert-
straße 6; Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 25. 2. 1986 werden im Zusammenhang mit den Instandsetzungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Schubertstraße 6 nachstehende Aufträge vergeben:

- | | |
|--|-----------------------|
| 1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Hamberger, Steyr, zum | |
| Preise von | S 321.534,50 o. MWSt. |
| 2. Malerarbeiten an die Fa. Glaser, Steyr, zum | |
| Preise von | S 97.590,- o. MWSt. |
| 3. Spenglerarbeiten an die Fa. Faatz, Steyr, zum | |
| Preise von | S 39.876,- o. MWSt. |
| 4. Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Berger, | |
| Steyr, zum Preise von | S 33.304,- o. MWSt. |
| 5. Gewichtsschlosserarbeiten an die Fa. Tuma, | |
| Steyr, zum Preise von | S 9.080,- o. MWSt. |

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 502.000,-- (fünfhundertzweitausend)

werden bei der VA-St. 1/846000/010000 freigegeben.

Die anfallenden Kosten werden von der Stadt getragen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wortmeldungen dazu sehe ich keine. Ist jemand dagegen? Gibt es eine Enthaltung?

Auch dieser Antrag ist einstimmig beschlossen.

STADTRAT INGRID EHRENHUBER:

Mein letzter Antrag hat folgenden Wortlaut:

27) GHJ2-7205/85

Gemeindeeigenes Objekt Schosser-
straße 5; Instandsetzungsarbeiten.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der MA VI vom 25. 2. 1986 werden im Zusammenhang mit den Instandsetzungsarbeiten am gemeindeeigenen Objekt Schosserstraße 5 nachstehende Aufträge vergeben:

- | | |
|---|----------------------|
| 1. Baumeisterarbeiten an die Fa. Weidinger, | |
| Steyr, zum Preise von | S 472.718,- o. MWSt. |
| 2. Dachdeckerarbeiten an die Fa. Langthaler, Steyr, | |
| zum Preise von | S 225.450,- o. MWSt. |
| 3. Spenglerarbeiten an die Fa. Vratny, Steyr, zum | |
| Preise von | S 59.640,- o. MWSt. |
| 4. Malerarbeiten an die Fa. Huber, Steyr, zum | |
| Preise von | S 98.090,- o. MWSt. |
| 5. Elektroinstallationsarbeiten an die Fa. Berger, | |
| Steyr, zum Preise von | S 31.208,- o. MWSt. |
| 6. Tischlerarbeiten (Gartenzaun) an die Fa. Bitter- | |
| mann, Steyr, zum Preise von | S 27.450,- o. MWSt. |
| 7. Gewichtsschlosserarbeiten an die Fa. Weichsel- | |
| baumer, Steyr, zum Preise von | S 14.672,- o. MWSt. |

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von

S 930.000,-- (neunhundertdreißigtausend)

werden bei der VA-St. 1/846000/010000 freigegeben.

Die anfallenden Kosten werden von der Stadt getragen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wer ist damit einverstanden, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall, daher einstimmig beschlossen.

Ich danke Kollegin Ehrenhuber für ihre Berichte.

Wir kommen damit zur Aktuellen Stunde (Beginn 16.12 Uhr) und ich frage der Ordnung halber, ob die sozialistische Fraktion eine Wortmeldung wünscht? Keine. Österr. Volkspartei? Keine Wortmeldung. GAL? Herr Ramoser bitte.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Ich nehme die Aktuelle Stunde zum Anlaß, um die Arbeitslosenselbsthilfegruppe hier nochmals vorzustellen. 1983 wurde dieser Verein gegründet, um Arbeitslosen die Möglichkeit zu geben, sich wieder in den Arbeitsprozeß einzugliedern. Im Vereinszweck heißt es, Zweck dieses Vereines, dessen Tätigkeit nicht auf Gewinn gerichtet und gemeinnützig ist, ist es, jugendlichen Arbeitslosen eine Überbrückungshilfe zu gewähren. Diese soll in hauptsächlichster Form in handwerklichen Tätigkeiten geschehen, wobei auch finanzielle Unterstützung geleistet werden soll. Dieser Verein soll unter anderem durch die Abhaltung von Kursen den sozialen Abstieg arbeitsloser Jugendlicher verhindern und die Möglichkeit bieten, in einer Gemeinschaft integriert zu sein, um so den Anschluß in die Arbeitswelt zu erreichen. Weiters ist die Schaffung eines Werkstätten- und Kulturzentrums geplant, das für die Aktivitäten aus dem Bereich sozialem Handwerk und Kunst Platz bieten soll. Desweiteren will der Verein Hilfe bei der Schaffung einer Existenzgrundlage bieten, was auch Hilfe bei der Errichtung von selbstverwalteten Betrieben beinhaltet. Daß dieser Verein sehr sozial eingestellt ist und seinen Ursprung in der sozialistischen Partei hat, ist den meisten klar. Wie schwierig die Leute es haben, ihre sozialen Überlegungen in die Wirklichkeit umzusetzen, soll dieser Bericht näherbringen. Bei der ersten Projektübernahme wurden 12 Langzeitarbeitslose von vier verschiedenen Organisationen an diese Gruppe herangeführt. Drogenberatung, Bewährungshilfe, Gleinker Erziehungsheim und Arbeitsamt, – diese vier bildeten den Stock für diese 12 Arbeitslosen. Man kann sich gut vorstellen, daß jugendliche Arbeitslose, die zum Teil noch nie gearbeitet haben und im Alter zwischen 16 und 23 Jahren sind, es diesen zwei Betreuern unheimlich schwer gemacht haben, sie in eine soziale Arbeitswelt einzuführen. Der erste Kurs, der 6 Monate dauerte und für mich mit großartigem Erfolg abgeschlossen wurde, denn von diesen 12 jugendlichen Arbeitslosen, die wahrscheinlich sonst nirgends einen Arbeitsplatz in Steyr bekommen hätten, konnten 8 Jugendliche in Privatbetrieben untergebracht werden, wie z. B. BMW, Kleingewerbebetriebe und andere nahmen diese Leute auf und diese sind zum Teil heute noch dort beschäftigt. Für mich ist das ein Beweis, daß diese Kurse sinnvoll sind und es damit den Jugendlichen ermöglicht wird, in den Arbeitsprozeß hineinzufinden. Die Schwierigkeiten, die die Leute auf sich nehmen, mit den Jugendlichen zu arbeiten, die Jugendlichen zu betreuen, sind sehr verschieden. Erstens die finanzielle Anforderung an diese zwei Betreuer der Jugendlichen ist sehr groß. Der erste Kurs z. B. kostete rund eine halbe Million Schilling, die das Arbeitsamt von Land und Bund aufbrachte. Man muß sich vorstellen, daß diese zwei Betreuer in selbständiger Weise Objekte suchen mußten, um diesen Renovierungskurs durchführen zu können. Hier eine kleine Anklage an die Stadtgemeinde, Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen, konnte beim ersten Kurs nicht durchgebracht werden, es haben sich Privatpersonen zur Verfügung gestellt, die es dann ermöglichten, den Kurs durchführen zu können. Die Stadt hat einen Kostenbeitrag von genau S 12.000,- geleistet

STADTRAT ERICH SABLIK:

Die Stadt hat das bezahlt, und zwar plus Material.

GEMEINDERAT FRANZ RAMOSER:

Der Kurs kostete rund S 400.000,- bis S 500.000,-. Aus dieser guten Erfahrung heraus wurde ein zweites Vorhaben geplant und da möchte ich besonders unseren Herrn Bürgermeister herausstreichen, durch ihn ist es gelungen, einen zweiten Kurs durchführen zu können, wobei es möglich war, Räumlichkeiten zu finden und mit einer neuerlichen Personengruppe von 12 Leuten diesen Renovierungskurs bzw. einen zweiten und dritten Kurs durchführen zu können.

Die Stadt hat im zweiten Anlauf sich weitaus eher bereit erklärt, hier finanzielle Unterstützung zu bringen, wahrscheinlich aus dem Grund, da der erste Kurs relativ günstig verlaufen ist.

Ich würde mich freuen, wenn man diesen Weg weiter fortsetzen könnte, und diese Arbeitslosenselbsthilfegruppe in jeder nur möglichen Form unterstützt, damit vielleicht wieder Jugendliche, die sonst wahrscheinlich wieder in das soziale Gefälle eines Kriminellen oder eines Sonderschülers zurückgleiten würden, Arbeit finden. Hier noch meinen Dank an die Stadtgemeinde, daß der zweite Kurs durchgeführt werden konnte und sich die Stadtgemeinde bereit erklärt hat, hier finanzielle Unterstützung zu bringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Kollege Wippersberger möchte dazu sprechen, bitte.

VICEBÜRGERMEISTER LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Kolleginnen und Kollegen, uns ist der Verein Arbeitslosenselbsthilfe natürlich bekannt, wir kennen ihn seit längerer Zeit und haben uns auch mehrmals mit diesem Verein befaßt und es stimmt – das möchte ich unterstreichen – ein Objekt gemeinsam mit der Arbeitsmarktverwaltung im Wehrgraben angemietet. Das kostet uns sehr viel Geld, wir als Gemeinde zahlen ja monatlich ca. S 5000,- für die Anmietung dieses Objektes. Wenn diese Kurse länger dauern, kommt eine ganz schöne Summe heraus. Dazu kommen noch Heizung und auch andere Kosten. Wir haben dem Verein jetzt die Sanierung des Diestelbergergutes angeboten. Das ist in der letzten Zeit geschehen und wir werden jetzt einmal sehen, wie dieser Verein arbeitet. Als Personalreferent darf ich eines dazusagen. Es wird immer übersehen, daß wir als Gemeinde in den letzten Jahren mehrmals junge Leute eingestellt haben, die in irgend einer Form, körperlich oder manchmal sogar geistig, eine Behinderung aufweisen, die in der Privatwirtschaft unmöglich unterzubringen waren, wie mir der Chef des Arbeitsamtes Steyr, Herr Dir. Großbauer, bestätigt hat. Wir leisten auch einen sehr wertvollen Beitrag, besonders was junge Leute anbelangt, die in irgend einer Form eine Behinderung haben. Das möchte ich bei dieser Gelegenheit zum Ausdruck bringen.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Namens der ÖVP liegt keine Wortmeldung vor. Freiheitliche Partei dazu? Kollege Eichhübl bitte!

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Werte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Obwohl Kollege Ramoser diesen Verein Arbeitslosenselbsthilfe vorgestellt hat, nehme ich an, daß dieser Verein seine Aufgaben ernst nimmt und begrüße es, daß dieser bereits Erfolge nachweisen kann. Daher finde ich es auch gerechtfertigt, daß seitens der Stadt diesem Verein eine finanzielle Unterstützung zuteil wird. Nur, Kollege Ramoser, in Ihrem Verhalten auf die heutige Sitzung bezogen, sehe ich doch einige Widersprüche. Gerade vor wenigen Minuten erst haben Sie sich darüber mokiert, daß die Stadtgemeinde Steyr bereit war, das Unternehmen BMW sehr großzügig zu unterstützen. Ich sehe das auch als einen Beitrag an, das zu verhindern,

von vornherein zu verhindern, was Sie angekündigt haben, daß es Arbeitslose gibt. Trotzdem aber, abschließend nochmals – das hat auch Kollege Wippersberger zum Ausdruck gebracht – es wird zu überprüfen sein, wie weit tatsächlich Erfolge vorhanden sind. Ich begrüße es, daß Privatpersonen sich dazu hergeben, um jungen, arbeitslosen Menschen zu helfen, diese wieder in die Arbeitswelt zurückzuführen. Danke.

BÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich frage, ob die freiheitliche Partei einen Beitrag wünscht? Kein Beitrag. Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Sitzung angelangt. Der Ordnung halber möchte ich noch mitteilen, daß der Gemeinderat heute Beschlüsse des Stadtsenates im Gesamtausmaß von S 2,999.900,- zur Kenntnis genommen hat und der Gemeinderat heute in den einzelnen Verhandlungsgegenständen Beträge im Gesamtausmaß von S 24,025.500,- beschlossen hat. Insgesamt ist das ein Betrag von S 27,025.400,-.

Ich danke allen Berichterstattern und Debattenrednern. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 16.25 Uhr

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Heinrich Schwarz e. h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

Präsidialdirektor MR.
Dr. Gerhard Alphasamer e. h.
Gerda Gugenberger e. h.

DIE PROTOKOLLPRÜFER:

Mag. Gerhard Klausberger e. h.
Wilhelm Spöck e. h.